

1920.43
Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform

Herausgegeben von dem Vorstande

Heft 69. (9. Band, Heft 5)

**Die
gesunkene Kaufkraft des Lohnes
und ihre Wiederherstellung**

V.

**1. Gemeinwirtschaftliche Förderung der Haushaltung
und der Lebenskraft.**

Von Frau Henriette Fürth, Frankfurt a. M.



2. Geldentwertung und Reallohn.

3. Schlusswort.

Von Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin.



Jena

Verlag von Gustav Fischer

1919

Gemeinwirtschaftliche Förderung der Haushaltung und der Lebenskraft.

Von

Frau Henriette Fürth, Frankfurt a/M.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Die Rationalisierung der Hauswirtschaft	1
Die Bewertung der Hauswirtschaft vor dem Krieg S. 2. — Das Frauendienstjahr S. 4. — Die Mütterchule S. 7. — Der Einkauf S. 9. — Konsumgenossenschaftliche Erleichterung der Haus- wirtschaft S. 10. — Die Hausfrau und die Wirtschaftsführung S. 13. — Öffentliche und gemeinnützige Erleichterungen der Haushaltsführung S. 17. —	
II. Die Massenspeisung	18
III. Gemeindliche Lebensmittelerzeugung oder Liefe- rungsverträge	26
IV. Die zweckmäßigste Befriedigung des Wohnbedarfs .	28
V. Die Tüchtigmachung der Massen als Mittel der Lebenserleichterung	39
VI. Die freie Volksbildungsarbeit	46

Die Rationalisierung der Hauswirtschaft.

Wir haben vor dem Kriege nach Art reicher Leute ziemlich sorglos gelebt. Wir haben mehr Nahrung zu uns genommen, als für Erhaltung und Aufbau unserer Kräfte erforderlich und selbst mehr, als für unsere Verdauungswerkzeuge und unseren Blutkreislauf zuträglich war. Es kam uns ferner gar nicht groß.

darauf an, wenn etwas zugrunde ging oder nicht nach seinem vollen Nährwert erschlossen wurde. Wir waren Verschwender, weil wir es dazu hatten. Das ist im Laufe des Krieges anders geworden, und das muß künftig noch ganz anders werden. Wir müssen eine pflegliche Behandlung und eine vom Standpunkt der Ernährungstechnik einwandfreie Erschließung unserer Nahrungsmittel bewerkstelligen. Ebenso eine zweckdienliche Verwendung und Ausnützung etwaiger Rest- und Abfallstoffe.

Die dahin zielenden Aufgaben sind Sache des in der Hauswirtschaft zusammengefaßten Teiles der gesamten Verbrauchswirtschaft. Sie muß daher umgestaltet und für ihre neue Aufgabe tauglich gemacht werden. Die folgenden Darlegungen wollen versuchen, einige der dabei zu begehenden oder zu erschließenden Wege aufzuzeigen.

1. Die Bewertung der Hauswirtschaft vor dem Krieg.

Vor dem Kriege war die Hauswirtschaft so recht eigentlich das Achenbrödel der allgemeinen Volkswirtschaft. Wir waren reiche Leute. Weder im allgemeinen noch im besonderen kam es auf ein bißchen Mehrverbrauch an. Das Wissen um die Wichtigkeit rationeller Ernährung und ebensolcher Erschließung und Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel war wenig verbreitet. Darum sah man die Hauswirtschaft und den ausschließlich in ihr beschäftigten Teil der weiblichen Bevölkerung ein wenig über die Achsel an. Man sah nur im Gegensatz zu der übrigen wertschaffenden Arbeit die werteverbrauchende Seite hauswirtschaftlichen Tuns.

Es wäre niemandem in den Sinn gekommen, die hauswirtschaftliche mit der übrigen produktiven Arbeit gleichzusetzen, während, recht gesehen, die hauswirtschaftliche Arbeit der produktiven Arbeit in Werkstatt und Fabrik, in Garten, Stall und Feld nicht nur gleichgesetzt, sondern übergeordnet werden mußte. Gewiß, produktiv im gebräuchlichen Wortsinne ist die hauswirtschaftliche Arbeit nicht. Trotzdem ist sie produktiv. In einem viel höheren Sinne produktiv als alle andere Arbeit. Draußen bringt man Güter

hervor und besorgt ihre Verteilung. Drinnen pflegt und erzieht man Menschen. Baut sie auf, von innen und von außen. Tut noch mehr. Die familienerhaltende Hauswirtschaft, ihre sichtende, ordnende, verwaltende und erhaltende Tätigkeit ist das Kräfte-reservoir, der Gesundbrunnen, aus dem die Volkswirtschaft ihren Fortbestand und ihr Gedeihen zieht.

Nehmt dem Menschen die auf die hauswirtschaftliche Arbeit gebaute Familie und ihr nehmt ihm Schwungkraft, Willen und Können. Ihr nehmt ihm zugleich ein gut Teil Gesundheit, physischer und moralischer Widerstandskraft. (Ein sehr nüchterner, aber darum nicht minder zutreffender Beweis in dieser Richtung ist die Tatsache, daß die ledigen Mitglieder die Krankenkassen weit stärker in Anspruch nehmen als die verheirateten.) Und da ist der Impuls, der von der Familie ausgeht. Das Sichregen im fröhlichen Bunde, das Füranderesein und Füreinandersein, die Gemütlichkeit und das Behagen und der Wille zur Hingabe, aber auch, wenn es not tut, zum Verzicht. All das Unwägbare, aber darum nicht minder Befruchtende und Schöpferische, was da verankert ist und empornwächst.

So ist also die hauswirtschaftliche Arbeit auch produktiv. Sie schafft Werte, die zwar nicht ziffermäßig nachweisbar, aber darum nicht minder wirksam sind. Jede Art von Menschenökonomie hat von hier auszugehen, jeder Aufbau, jede Erhaltung oder Vermehrung organischer Kraft hat hier ihren Mittelpunkt. Das sollte eine Binsenwahrheit sein, und doch mußte ein Krieg von so furchtbarer Ausdehnung und Wirkung kommen, um den Menschen diese elementare Erkenntnis zu bringen. Und daß es so war, hat sich im Krieg bitter gerächt.

Die Hauswirtschaft hat im Krieg versagt. Sie mußte versagen, weil die breite Masse der hauswirtschaftenden Frauen für ihren Beruf nicht geschult und an ein zu sorgloses und unbedachtes Wirtschaften gewohnt war. In früheren Zeiten war die hauswirtschaftliche Schulung für jedes weibliche Wesen so selbstverständlich wie Essen und Trinken. Das Weib wurde im Haus und für das Haus erzogen. Heute ist das anders. An die Schule

reicht sich für Millionen Weiblicher die Berufsschulung oder das Eintreten in den ungelernten Beruf. Kommt es dann zur Ehe, so macht man sich entweder überhaupt keine Sorgen darüber, ob man den hier erwachsenden Aufgaben gerecht werden könne, oder man setzt voraus, daß dem Mädchen mit dem Amt auch der Verstand kommen müsse. Jeder, der Schuster oder Schneider werden will, muß eine Lehre durchmachen, aber in den schwersten und verantwortungsvollsten aller Berufe, in den der Hausfrau und Mutter, läßt man die Frauen ohne irgendeine Schulung hineingehen.

Die im Kriege teuer bezahlte Erkenntnis dieses Schadens soll uns die Wege zum Besseren weisen. Am Anfang dieses Weges steht die Forderung umfassender hauswirtschaftlicher Schulung.

2. Das Frauentienstjahr.

Schon vor dem Krieg hatte sich das Verlangen nach gründlicher und allseitiger hauswirtschaftlicher und mütterlicher Schulung zu der Forderung eines sogenannten weiblichen Dienstjahres verdichtet. So wie der Soldat dem Vaterlande dient, sollten auch die Frauen ein Dienstjahr ableisten, in dessen Verlauf sie nach und nach in alle Zweige der Hauswirtschaft, der Kinderpflege und Erziehung, der Krankenpflege, sozialen Fürsorge usw. eingeführt werden sollten. Dieser Forderung, am grünen Tisch erfunden, liegt ein bedauerliches Verkennen der Wirklichkeit zugrunde, und es ist anscheinend bei ihr nur an die dünne Schicht jener Weiblichen gedacht, denen für ihre Schulung Zeit und Mittel in genügendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

Man verlangt, daß die Frauen dienen sollen wie die Männer. Nur auf ihre Weise, also in Haus und Küche, Erziehung und Krankenpflege. Sollen sie in all diese Zweige nach Verlassen der Schule, also heute mit vollendetem 14. Lebensjahr eingeführt werden? Man braucht den Gedanken nur auszusprechen, um seine Undurchführbarkeit zu erkennen. Nicht alle Kinder verlassen die Schule mit dem vollendeten 14. Lebensjahr. Aber selbst wenn dies der Fall wäre: Wer möchte sich unterfangen, diesen „Kindern“ eine

verantwortliche Aufgabe in Haus und Küche, in Erziehung, Säuglings- und Krankenpflege anzuvertrauen? Selbst wenn man das vollendete 18. Lebensjahr für den Beginn der Dienstzeit ansetzte, blieben die Bedenken in bezug auf Kranken- und Säuglingspflege die gleichen. Nicht davon zu reden, daß man jährlich mindestens eine halbe Million Weiblicher aus Berufsvorbereitung und Berufsausübung herausreißen müßte. Auch nicht davon, daß mit vollendetem 18. Lebensjahr ein nicht unwesentlicher Bruchteil der Weiblichen bereits in die Ehe eingetreten ist. Es sei denn, man wolle den weiteren Schritt tun und in Verbindung mit dem weiblichen Dienstjahr die Ehemündigkeit für das weibliche Geschlecht auf das vollendete 19. Lebensjahr erhöhen. Nichts spricht dafür, sondern alles dagegen, daß man zur hauswirtschaftlichen und mütterlichen Ertüchtigung der Mädchen ein Frauendienstjahr schaffe. Heute findet in Krankenhäusern, Pflegeanstalten, Säuglingsheimen usw. eine bestimmte und vergleichsweise kleine Zahl von Schülerinnen Aufnahme. Gerade so viele, als die geprüften Pflegerinnen ohne Vernachlässigung ihrer eigentlichen Dienstpflichten unterweisen können. Wie sollten künftig die Massen der zu schulenden unterwiesen werden? Mit welchem Gelde sollen die für die weiblichen Dienstpflichtigen notwendigen Kasernen erstellt, mit welchem die Verpflegung bestritten werden? So muß nach allem das Frauendienstjahr sowohl vom Standpunkt der sozialen Hygiene und Fürsorge, wie von der wirtschaftspolitischen, finanziellen und sozialpädagogischen Seite her verworfen werden.

Was aber dann? Wir haben feststellen müssen, daß eine möglichst gründliche hauswirtschaftliche und mütterliche Schulung der heranwachsenden Mädchen eine im Sinne der vollklichen Wohlfahrt und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unerläßliche Forderung ist. Aber auch ihr muß in Ansehung unserer Gesamtverhältnisse auf dem Wege tunlichster Ersparung von Zeit, Kraft und Mitteln genügt werden. Das kann geschehen, indem man die heute schon in vielen Volksschulen eingeführte hauswirtschaftliche Schulung in entsprechender Weise vertieft und ausbaut. Es wäre zur Erreichung dieses Zieles ein 9. Schuljahr aufzusetzen, in dem der hauswirt-

schastliche, pädagogische, staats- und bürgerkundliche Unterricht den breitesten Raum einzunehmen hätte. Die Wirtschaftsführung unserer Frauen leidet ja nicht nur unter haus- und küchenwirtschaftlicher Unkenntnis, sondern es fehlt ihnen ebenso sehr jede Kenntnis der Marktlage, der Verkehrs- und Witterungsverhältnisse und der daraus für die Wirtschaftsführung zu ziehenden Schlüsse. Es fehlt ihnen jede Rechtskunde und jedes Verständnis der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Gegebenheiten, Rechts- und Staatsordnungen. Da wäre eine organische Weiterführung der Schule nach dieser arg vernachlässigten Seite das Gebotene. Vielleicht erhebt sich hier der Einwand, daß, wenn doch ein ganzes Jahr verloren gehen sollte, das ebensowohl später in Form des vorgeschlagenen Frauen-dienstjahres als in so früher Jugend geschehen könne. Dem ist entgegenzuhalten, daß es ein anderes ist, einen in sich abschließenden Bildungsgang um ein Jahr zu erhöhen oder aber eine heterogene Masse von Menschen zu einer bestimmten, nur nach ganz äußerlichen Momenten abgewogenen Zeit aus Beruf oder Berufsbildung und aus der Familie herauszureißen, um sie in so und soviel Lehrgegenständen flüchtig zu unterrichten.

Auch kann es für die körperliche wie für die geistige und sittliche Entwicklung der Mädchen nur förderlich sein, wenn sie erst ein Jahr später aus der Schule in die Erwerbsarbeit entlassen werden. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang auch der Tatsache, daß zwischen den 14-jährigen Volksschülern und den gleichaltrigen Kindern aus höheren Schulen ein nicht unbeträchtlicher Unterschied in Längenmaß und Gewicht zu ungunsten der ersteren besteht. Wir haben aber das stärkste Interesse daran, ein körperlich kräftiges und arbeitstüchtiges Geschlecht aufwachsen zu sehen. Wenn aus keinem anderen würde es sich daher schon aus diesem Grunde empfehlen, die Mädchen über die für die meisten in die Zeit des 15. Lebensjahres fallende kritische Entwicklungsperiode innerhalb des geordneten und weit weniger als das Berufsleben anstrengenden Schulbetriebs mit seiner Abwechslung von geregelter Arbeit und Freizeit zu belassen. In seiner Geschichte von England tut Macaulay dar, wie das

kräftigste Volk zugleich das erfolgreichste sei. Wir werden nach dem Krieg alle Ursache haben, nicht nur Quantitäten, sondern Qualitäten großzuziehen. Dazu gehört, daß wir es möglichst vermeiden, schon die 14 jährigen den Härten und Unbilden des Erwerbslebens auszusetzen. Ein Jahr mehr an Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit, wie es ein 9. Schuljahr zu geben vermag, wird sich sowohl vom wirtschaftlichen wie vom hygienischen Standpunkt aus mehr als bezahlt machen.

Weiter wäre die Aufnahme des hauswirtschaftlichen Unterrichts als obligatorisches Fach der Fortbildungsschulen zu fordern. Und wenn diese Forderung zu einer Herabsetzung der durchschnittlichen Arbeitszeit der „Unterachtzehnjährigen“ auf 6—7 Stunden oder zur Beibehaltung des im Kriege aufgetommenen mehrschichtigen Arbeitstages und zu einer entsprechenden Erhöhung der Pflichtstundenzahl innerhalb der Fortbildungsschulen führen würde, so wäre das nur zu begrüßen.

Es wäre endlich zur Erleichterung für den hauswirtschaftlichen wie den mütterlichen Beruf überall die Gründung von Mütterschulen anzustreben.

3. Die Mütter Schule.

Die Mütter Schule ist gedacht als eine Einrichtung, die in rück- und vorausschauendem Wirken helfen will. In ihrem Namen liegt ihr Programm. Nicht Vermittlung allgemeinen Wissens ist ihre Aufgabe. Sie soll die Mütter schulen, sie zu ihrem Amt der Pflege und Erziehung tauglich machen. So ist ihr Inhalt und ihre Aufgabe die Bezugnahme auf alles Wissen, Empfinden, Wollen und Handeln, das mit der mütterlichen Sphäre in Zusammenhang steht. Sie umfaßt das ganze Gebiet des generativen Seins und der generativen Verantwortung.

In diesem Sinne ist die Aufgabe der Mütter Schule eine zweigeteilte. Soweit sie in die Vergangenheit zurückweist, das heißt auf die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebensführung in Kindheit und Jugend und der eigenen wie der Lebenserwartung des kommenden Geschlechtes ist die Aufgabe

rein lehrhafter Art. Vorträge, Demonstrationen, Ausstellungen wie die von „Mutter und Kind“, die Internationale Hygieneausstellung in Dresden, die Wanderausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und ähnliches mehr müssen die Zusammenhänge zwischen persönlicher Lebensführung und generativer Verantwortlichkeit erläutern helfen. Das sittliche Pathos geläuterter Weltanschauung muß dem Lehrenden zu eigen sein, damit er mit Fug die Standarte hoher Menschlichkeit aufpflanzen könne.

Der zweite Teil der Aufgabe der Mütterschule ist rein praktischer Art. Da soll gezeigt werden, wie die Frau sich während der Schwangerschaft zu verhalten, in welcher Weise sie das Kind vom ersten Tage seines Lebens an körperlich zu pflegen und sehr bald auch seelisch zu beeinflussen und zu führen habe.

Aber auch zur Erfüllung ihrer hauswirtschaftlichen Pflichten soll die Mütterschule die Frauen tüchtig machen. Unterrichtsgegenstände über pflegliche Behandlung von Möbeln und Wohnung, Winke für praktische Einteilung der Arbeit in Küche und Haus, für rechte Verwendung und Einteilung vorhandener Mittel, für Handhaben zur Erleichterung und Vereinfachung der Arbeit, kurz: Unterweisung in allem, was dazu dienen kann, aus einer Wohngelegenheit ein Heim zu machen, in dem alle Glieder der Familie sich wohl fühlen und das die Familie zur Pflanzstätte wahrer Kultur und Gesittung und die Mutter zum Mittelpunkt und Vorbild menschwerter Lebensgestaltung werden läßt.

Auch soll die Mütterschule dazu helfen, die Frauen zu selbstverantwortlichen, aber auch verantwortungsberechtigten Gliedern des Staatswesens, zu Bürgerinnen zu erziehen, indem sie ihnen Staats- und Rechtskunde, Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Begebenheiten vermittelt.

In Stuttgart besteht bereits eine solche Mütterschule. An anderen Orten ist sie in der Vorbereitung begriffen. Als Teilnehmerinnen sind Bräute, werdende Mütter und Frauen gedacht. Doch sollten auch junge Mädchen auf Wunsch zugelassen werden. Sie werden das dort erlangte Wissen im fremden oder im eigenen

Dienst auch dann nutzbar machen können, wenn ihnen Ehe und Mutterschaft versagt bleibt.

4. Der Einkauf.

Der Einkauf ist die erste und wichtigste Etappe auf dem Wege der Ernährung, die zugleich billig und gut sein soll und das in diesem Sinne vornehmste Gesetz ist nicht der billige, sondern der preiswerte Einkauf. Wer Abfall und Schund oder überhaupt Ware dritter Qualität kauft, kann sich mit den daraus zu erzielenden Speisen wohl sättigen, aber nicht in dem von uns dargelegten Sinne des Aufbaus und der Erhaltung der Kraft ernähren. So muß das Bestreben dahingehen, nicht billig, sondern preiswert einzukaufen und sich der zu diesem Ziele führenden Einkaufsquellen zu versichern.

Nichts ist demnach unwirtschaftlicher als der Einkauf in der Stunde der Not beim nächstbesten Krämer. Ich habe feststellen können, daß infolge dieses Einholens beim nächsten Krämer die Ware (es handelte sich damals um Zwiebeln) 100% mehr kostete, als ich für meinen Haushalt in der Markthalle bei einem Einkauf von 30 Pfund gezahlt hatte. Um aber diesen Einkauf in dem Augenblick dringlichen Bedarfs auszuschließen, gehört in jede Küche eine Schiefertafel, auf der alle nicht mehr oder nur noch in unbedeutenden Resten vorhandenen Bedarfsgegenstände aufzuzeichnen sind. Durch solche Sorglichkeit wird man in die Lage versetzt, alles auf einmal und zu einer gelegenen Zeit einholen zu können, während es sonst leicht vorkommen kann, daß einem das Essen anbrennt oder das Feuer ausgeht, während man fortläuft, um irgendeinen notwendigen Rohstoff herbeizuschaffen.

Ebenso wichtig wie die Vorsorge ist die Einkaufsquelle. Für Gemüse Obst usw. dürfte sich der Besuch einer nahegelegenen Markthalle oder ein Abkommen mit einem Vorkostgeschäft empfehlen, soweit nicht der Konsumverein helfend einspringen kann.

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für unser gesamtes Wirtschaftsleben und alle hier sich im Sinne der Käuferfrafterhöhung des Lohnes ergebenden Möglichkeiten werden an anderer Stelle gewürdigt. So können wir uns darauf beschränken, auf einige unmittelbar in die Haushaltsführung eingreifende, neu zu schaffende Funktionen der Konsumvereine näher einzugehen.

5. Konsumgenossenschaftliche Erleichterungen der Hauswirtschaft.

Die Folgen der Verquickung von Haus- und Erwerbsarbeit sind schlimmer, als irgendeine ziffernmäßige Darstellung zum Ausdruck gelangen läßt. Schlimmer darum, weil ihre Folgen der Unwirtschaftlichkeit, Unterernährung, Unordnung usw. nicht unmittelbar und nachweisbar, sondern auf Umwegen zutage treten.

Wer je Gelegenheit hatte, Einblick in Arbeiterhaushaltungen zu erlangen, die auf der Erwerbsarbeit von Mann und Frau aufgebaut sind, oder sich mit Arbeiterbudgets zu befassen, wird mit Erschrecken die Wahrnehmung gemacht haben, in welchem Maße die ausgedehnte Lohnarbeit der Mutter den Stand der Wirtschaftsführung ungünstig beeinflusst. (Vgl. Fürth: „Erwerbs- oder Hausarbeit der Arbeiterfrau? Soziale Praxis VI. Jahrg. Nr. 22.)

Am stärksten, weil offensichtlichsten, macht sich das bei der Ernährung geltend. Die Ernährung beansprucht im Arbeiterhaushalt den größeren Teil des Gesamteinkommens. Sie bleibt trotzdem zumeist hinter dem qualitativ erforderlichen Ausmaß zurück. Außerdem läßt die Art der hauptsächlich verbrauchten Nahrungsmittel besonders da, wo die Hausmutter dem außerhäuslichen Erwerb obliegt, darauf schließen, daß das Ergebnis bestenfalls eine Sättigung, nicht aber eine angemessene und ausreichende Ernährung ist. Wurst, Brot, alkoholische Getränke, wenig Hülsenfrüchte, wenig Gemüse, wenig Körnerfrüchte war die übliche Speiseordnung.

Die Erwerbsarbeit der Frau kann auf absehbare Zeit nicht entbehrt werden. So muß hier auf andere Weise geholfen werden. Gar zu viel steht auf dem Spiel. Eine abwechslungsreiche, gut zubereitete Nahrung ist die Vorbedingung der Gesunderhaltung der Familienmitglieder und damit der Volksgesundheit überhaupt. Es gilt also einen Weg zu finden, der ohne Erhöhung der Lebenskosten eine Verbesserung der Lebenshaltung herbeiführt. Oder vielmehr: es gilt nicht, diesen Weg zu finden, sondern ihn zu

gehen. Gefunden ist er längst und bewußt auch, wenn schon nicht von seiten der Familienwirtschaft her, begangen. Ich sage bewußt, denn wir alle haben uns längst die Annehmlichkeiten dieses Weges praktisch nutzbar gemacht. Von ländlichen Ausnahmen abgesehen, schlachten und backen wir nicht mehr selbst. Wir kaufen während des ganzen Jahres Sauerkraut, eingemachte Bohnen, Gurken usw. nach Bedarf. Das ganze weite Gebiet der Früchte- und Gemüsekonservierung geht immer mehr aus dem Eigen- und Kleinbetrieb in die Hände des Großbetriebs, der riesenhaften Konservenfabriken über. Dasselbe gilt für die Mehlpräparate, die Herstellung von Nudeln, Suppeneinlagen und ähnliches mehr.

Aber mehr noch. Auf den großstädtischen Märkten kann man vorgerichtete Gemüsebohnen, Erbsen und dergl. haben. Der kleine grüne Feldsalat wird sauber ausgeputzt zu Markte gebracht. Ebenso gibt es Stellen, an denen man um ein Geringes während des ganzen Tages heißes Wasser bekommen kann. Alles das kann ausgebaut und planmäßig geordnet werden. Damit sind wir bei der ebenso großen wie schönen und ertragsfähigen Aufgabe angelangt, die auf diesem Gebiet der Konsumvereine wartet. Der Konsumverein, die natürliche Organisation der kleinen, wirtschaftlich schwachen Verbraucher zum Zweck der Verbilligung und Verbesserung der Lebenshaltung, muß alle diese zerstreuten Ansätze und Möglichkeiten in ein System bringen, indem er seinen Mitgliedern die Möglichkeit schafft, ihre Gemüse, Kartoffeln und sonstigen Speisezutaten in einem Zustande zu beziehen, der nur noch eine dem persönlichen Geschmack entsprechende Endzubereitung auf dem Gaskocher oder dem Kochofen erforderlich macht.

Unterstellen wir zunächst den Konsumverein als Großkäufer landwirtschaftlicher Produkte. Mit dem Kaufen allein ist es aber nicht getan. Ihm muß die Verarbeitung und Fertigstellung für die Endzubereitung folgen. Nehmen wir die grünen Schnittbohnen als Beispiel. Die werden unter Zuhilfenahme aller modernen maschinellen Einrichtungen in den eigens dafür eingerichteten Arbeitsräumen abgezogen, geschnitten und abgedämpft. Dann sind sie zur Endzubereitung fertig und können von den Verbrauchern

in Empfang genommen werden. Dasselbe gilt für Rüben, Spinat, Kartoffeln und ähnliches mehr.

Wie soll sich das vollziehen, wie sollen hier Bedarf und Vorrat in Einklang gebracht werden? Die Antwort auf diese Frage umschließt den zweiten Teil unseres Problems. Auch seine Lösung ist sehr einfach. Der Konsumverein muß seinen Einkauf nach den unmittelbar geäußerten und unmittelbar zu erfüllenden Wünschen seiner Mitglieder richten. Die Gemüse usw. werden gebrauchsfertig hergestellt mit der Maßgabe, daß sie innerhalb einer gegebenen und nicht allzu ausgedehnten Zeit verbraucht werden müssen. Vorbereitung und Verbrauch stehen hier in enger Wechselbeziehung. Daher muß der Konsumverein, bevor er einkauft und vorbereitet kann, ziemlich genau wissen, auf welchen Absatz er zu rechnen hat. Das trifft sich insofern günstig, als sich an dieser Stelle die Interessen des Verbrauchers mit denen des vermittelnden Konsumvereins begegnen. Auch der Verbraucher muß wissen, ob er mit Sicherheit darauf rechnen kann, zu einer bestimmten Zeit und an einer bestimmten Stelle irgendeine gewünschte Ware in vorgeschriebener Menge und Güte vorzufinden. Das kann aber nur bei vorgängiger Bestellung geschehen, sobald es sich wie hier um Waren handelt, die leichtem Verderb ausgesetzt sind. Wir haben uns also den Gang dieses Verkaufs- oder richtiger dieses Vermittlungsgeschäftes so vorzustellen, daß die Arbeiterfrau, die in der Mittagspause oder, wenn die Hauptmahlzeit auf die Abendstunden verlegt wird, nach Schluß der Arbeit in der ihr bequemsten Verkaufsstelle des Konsumvereins ihr Quantum vorgerichtetes Gemüse, abgekochte Kartoffeln usw. in Empfang nimmt, nun gleich ihre Wünsche für den nächsten und übernächsten Tag äußert. Alle diese Bestellungen laufen in der Zentralstelle zusammen, die nun ihre Anordnungen danach treffen kann. Vielleicht wird es sich in Rücksicht auf etwaige Verschiebungen der Marktlage oder langfristige Abschlüsse mit Landwirten usw. als notwendig erweisen, bei der Bestellung ein Entweder-Oder aufzugeben. Das wäre ganz gewiß nicht schlimm, muß sich doch auch die selbst zu Markt wandernde Hausfrau gefallen lassen, daß das eine oder andere Gemüse oder Obst, das sie gern haben wollte, nicht oder nicht zu den ihr genehmen Preisen zu haben ist und sie etwas anderes dafür nehmen muß. — Zu den Gemüsen, Kartoffeln, Kompotten usw., die in gewünschter Vorbereitung im Konsumverein zu haben sein müßten, könnten sich dann noch ordnungsmäßig vorbereitete und aufgeschlossene Hülsenfrüchte gesellen, soweit man nicht die pulverisierten, von der Großindustrie hergestellten Präparate von Hülsenfrüchten vorzieht. Und ich zweifle nicht daran, daß sich neben dem Angeführten mit der Zeit noch eine Menge gleichgeordneter Ernährungsbedürfnisse auf demselben Wege befriedigen ließen (fertige Suppen, bratfertiges Fleisch, wie es z. B. in Paris längst erhältlich ist, usw.) Der Hausfrau bleibt dann nur noch die nach persönlichem Geschmack zu bewirkende Endzubereitung, die in 10—15 Minuten erledigt werden kann. Das begrüßens-

werte Ergebnis wäre ein ebenso wohlgeschmeckendes wie nahrhaftes Essen für dasselbe oder weniger Geld als zuvor.

Das klingt seltsam. Die Ein- und Verkäufer des Konsumvereins müssen bezahlt werden. Ebenso die Arbeitskräfte, die bei der Zubereitung beschäftigt sind. Fabrikräume und Fuhrwerke müssen vorhanden sein. Kurz, es werden sich nicht unbeträchtliche Ausgaben als notwendig herausstellen. Was aber will das besagen gegen die Ersparnis im Einkauf? Die Ersparnis bzw. Verteuerung wird im allgemeinen mit 100% nicht zu hoch angesetzt sein. Kehren wir auf einen Augenblick zu unserem Bohnenbeispiel zurück. Wenn da das Pfund im einzelnen in der Friedenszeit draußen in der Vorstadt (der Einkauf in den Markthallen selbst kann ja für die erwerbstätige Hausfrau nicht in Frage kommen) 10—12 Pfg. kostet, kann man sicher sein, es im Klein- oder Großverkehr der Markthalle (d. h. also bei Abnahme von 30—50 Pfund) für 6—8 Pfg. und im eigentlichen Großverkehr noch wesentlich billiger zu kaufen. Kauft nun z. B. der Frankfurter Konsumverein die Bohnen um 5 Pfg. und gibt sie um 10 Pfg. das Pfund weiter, so bekommen seine Mitglieder die Ware nicht nur in fertig vorbereitem Zustand zu gleichem Preis, den sie für die rohe Frucht hätten zahlen müssen, sondern der Verein selbst hat auch noch einen Gewinn zu verzeichnen, da nicht anzunehmen ist, daß die dabei erwachsenden Unkosten sich auf die Höhe des Bruttoverdienstes belaufen werden. Die Hausfrau aber spart überdies neben der Arbeit noch das Feuer, auf dem die Sachen hätten kochen müssen.

Das erfreuliche Hauptergebnis wäre neben der Ersparnis an Zeit als dem kostbarsten Gut des arbeitenden Menschen eine ungleich rationellere und gesundheitsgemäßere Ernährung, als sie heute in der Mehrzahl der Arbeiterfamilien gang und gäbe ist. Und damit ein unschätzbare Zuwachs an Lebens- und Leistungsfähigkeit. So wartet hier der Konsumvereine eine ebenso dankenswerte wie wirtschaftlich lohnende Aufgabe. Möchten sie, unterstützt von den Hausfrauen, sie recht bald in möglichst großem Umfang in Angriff nehmen.

6. Die Hausfrau und die Wirtschaftsführung.

Mit der Möglichkeit eines zugleich guten und preiswerten Einkaufs ist die Grundlage vernünftiger Wirtschaftsführung geschaffen. Von der Hausfrau wird abhängen, was sie daraus macht. Von dem Grad ihrer Einsicht in das, was ihr zu tun

obliegt, wie in die allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge wird der Gang ihres Hauswesens beeinflusst werden. Geistige Beherrschung des Arbeitsgebietes gehört dazu und jene Kultur des Geistes und Herzens, die keinerlei Arbeit gering achtet, sondern alle mit gleicher Liebe und Achtsamkeit umfaßt und ausführt.

Sache der Hausfrau wird es sein, eine geeignete Auswahl an Nahrungs- und Genußmitteln zu treffen und das Vorhandene gut zu verarbeiten und auszunützen. Als vornehmster hygienischer Grundsatz ist die Forderung einer gemischten Kost aufzustellen. Das heißt einer Kost, in der tierische und pflanzliche Bestandteile in glücklicher Weise gemischt sind. Wer nur Kartoffeln oder nur Fleisch essen, wer sich vorwiegend auf Mehlspeisen oder Obst beschränken, wer die kalte Wurstküche mit alkoholischen Getränken bevorzugen wollte, wäre schlechter ernährt als der, in dessen Kost sich die verschiedensten Nahrungsmittel in angemessener Mischung und freundlicher Abwechslung vereinen. Eine derartig gemischte Kost kann mit dem Vorzug der Güte und Bekömmlichkeit den der Billigkeit vereinen.¹⁾

¹⁾ In „Ein mittelbürgerliches Budget über einen zehnjährigen Zeitraum“ (Fürth; Jena 1907, Verlag G. Fischer) ist ein solches Beispiel gegeben. Aus den bezüglichen Nachweisungen, zusammengehalten mit dem Gesundheitszustand der Familienmitglieder geht hervor, daß es hier einer geschulten Hausfrau möglich war, eine gesundheitsgemäße und wohlschmeckende Ernährung mit einer durchschnittlichen Geldausgabe von 90 Pf. pro Kopf und Tag zu bewerkstelligen. (Das Budget umfaßt die Zeit zwischen 1896 und 1906.)

Allerdings zeichnete sich die in Frage stehende Haushaltung durch 3 weitere Dinge aus: Großbezug aller nicht leicht verderblichen Nahrungsmittel wie Kartoffeln, Mehl, Zucker, Hülsenfrüchte usw. Einmachen von Kraut, Bohnen, Gurken, Obst, Herstellung von Gelee, Marmelade, pflegliche Behandlung der Nahrungsmittel: Häufige Verwendung von Kartoffeln in der Schale, dünnes Schälen der Kartoffeln, sorgfältiges und sparsames Gemüseputzen, sorgfältige Aufbewahrung und Behandlung der Rohstoffe und Konserven und endlich durchdachte Verwertung der Abfälle und Reste. (Z. B. Auskochen der Apfelschalen zu Gelee, Verarbeitung der Restbestände von Fruchtsäften durch Zuckerzusatz und Rüben zu Marmeladen. Verwendung des Fleisches von den ausgekochten Knochen und kleiner Fleischreste unter Zusatz von Kartoffeln, trockenen Brötchen, Ei, Zwiebel und Gewürz zu wohlschmeckenden Frikandellen usw.)

Ein besonderes Wort ist von den Hülsenfrüchten zu sagen als dem Nahrungsmittel, das erst durch geeignete Aufschließung seinen vollen Nährwert entfalten kann und das, weil man mit ihm zumeist fahrlässig und gedankenlos verfährt, in der Ernährungsirtschaft nicht die ihm zukommende Rolle spielt.¹⁾ Hülsenfrüchte müssen, nachdem sie verlesen und gut gewaschen sind, 24 Stunden in Wasser eingeweicht, mit dem Einweichwasser aufgesetzt und durch Zusatz von ein klein wenig Natron aufgeschlossen werden. Auch die Kochkiste, deren Technik heute allgemein bekannt und auf die daher nicht näher einzugehen ist, kann bei dem erforderlichen langsamen Garochen von Hülsen- und Mehlsfrüchten usw. willkommene Dienste leisten. Ähnlich wie bei Hülsenfrüchten ist bei anderen Nahrungsmitteln zu verfahren.

Die Lebensmittel müssen so vorgerichtet und zubereitet werden, daß ihr Nährgehalt bis auf die letzte Möglichkeit herausgeholt und dem Körper dienstbar gemacht wird. In diesem Punkte ist früher viel gesündigt worden. Denken wir nur an die weit verbreitete Unsitte des Abschäumens der Fleischbrühe, wodurch das geronnene Eiweiß, also der einzige Nährgehalt, der Suppe entzogen wurde. Ebenso verwerflich war die allgemeine Sitte, die Fleisch- und Gemüsetunken nur so weit aufzuessen, als sich durch das Eintunken der Speisen ermöglichen ließ. Seit dem Kriege erst verflößt es nicht mehr gegen den guten Ton, die Kartoffeln so zu zerdrücken, daß sie die ganze Tunke auffaugen können, so daß sie nicht mehr wie früher weggeschüttet, sondern dem Körper zugeführt wird. Überhaupt ist die tunlichste Zerkleinerung aller Speisen und ihr gutes Durchkauen ein wichtiges Hilfsmittel der zweckdienlichen Nahrungsaufnahme und Verarbeitung. So muß die Verabreichung von gut durchgekochten und aufgeschlossenen Breien, Gemüsen und Mühlenfrüchten auch nach dem Krieg in unserer Ernährung einen viel breiteren Raum einnehmen denn

¹⁾ Vgl. dazu: Marie Priester „Sparen und doch nicht darben“ Franck-scher Verlag, Stuttgart.

zuvor. Die Kochkiste kann hier auch gute Dienste leisten und sollte überall eingeführt werden.

Zur Begründung all dieser Forderungen ist darauf hinzuweisen, daß wertvolle Bestandteile der Nahrungsmittel beim Wässern ihren Weg ins Wasser nehmen. Früher hat man diese Werte sorglos verschleudert, heute muß man sie erhalten und für die Ernährung nutzbar machen. Das sind Dinge, von deren Notwendigkeit erst der Krieg die meisten überzeugt hat, so daß heute als unbefrittener Grundsatz jeder Haushaltsführung gilt: alle Nahrungsmittel aufs beste und letzte ausnützen, nichts unkommen lassen, alles pfleglich behandeln.

Noch soll mit einem Wort auf die Herdfeuerung eingegangen werden. An der pfleglichen Behandlung der Brennstoffe wie an ihrer bestmöglichen Ausnutzung lassen es unsere Hausfrauen oft sehr fehlen. Die Hausfrau, die ihr Feueranmachholz gut zerkleinert und im Dörrosen vortrocknet, die ihre Kohlen gut sortiert, den Griesß in der Küche und die Stücke im Zimmer verwendet und die Küchekohlen etwas anfeuchtet, wird viel weiter reichen und schneller zum Ziel kommen als die unbedacht wirtschaftende. Auch ist festzustellen, daß nur die wenigsten Frauen wissen, daß ein Herdfeuer nur dann gut und sparsam brennen kann, wenn man die Feuerstelle nicht bis hoch hinauf mit Kohlen belädt und ferner Sorge trägt, daß nur der Kofst und nicht auch der Raum davor oder dahinter mit Feuerungsmaterial bedeckt ist. Es ist weiter darauf zu achten, daß da, wo der Herd nicht gleichzeitig Heizwecken dient (Wohnküche usw.) nicht länger als unbedingt nötig gefeuert wird. Eine sorgsame Hausfrau wird alles so zeitig beisehen und auch beizeiten für Spülwasser sorgen, daß ein vermeidbares Weiterbrennen, das ist eine Verschwendung von Brennstoff, nicht stattfindet.

Man mag alle diese Hinweise für kleinlich halten. Sie sind es in Wirklichkeit nicht, denn wenn, abgesehen von der persönlichen Ersparnis, bei der viele Wenig auch ein Viel ergeben, jede Haushaltung täglich nur ein Pfund Kohle spart, so kommt das, 14 Millionen Haushalte gerechnet, einer täglichen Ersparnis von 7000 Tonnen gleich. Es dürfte nicht gleichgültig sein, ob uns ein solches tägliches Mehr zu Zwecken der Ausfuhr oder Industrie zur Verfügung steht. Dasselbe gilt von anderem hauswirtschaftlichem Bedarf, von dem noch in anderem Zusammenhang zu reden sein wird.

7. Öffentliche und gemeinnützige Erleichterungen der Haushaltsführung.

Die von uns aufgestellten Forderungen setzen zu ihrer Erfüllung, so weit sie nicht durch die geschilderten Konsumgenossenschaftlichen Erleichterungen der Hauswirtschaft verwirklicht werden können, die sorgliche, nur im Haushalt tätige Frau voraus. Wir müssen aber damit rechnen, daß nicht nur während des Krieges, sondern weit darüber hinaus die erwerbende Mit- oder Hauptarbeit der Ehefrauen beibehalten werden muß.

So wird die Ehefrauenarbeit ein fester Bestandteil unserer Produktionswirtschaft werden, und es erhebt sich die Frage, ob es unter solchen Umständen nicht erwünscht oder unumgänglich sein werde, die Ehefrau tunlichst von allen außerberuflichen Lasten zu befreien. Es ist hier wiederum auf die Konsumgenossenschaftlichen Erleichterungen der Hauswirtschaft hinzuweisen. Es wird weiter zu fordern sein, daß durch Zentralisation des Heiz- und Beleuchtungswesens, der Kalt- und Warmwasserversorgung die Haushaltsführung entsprechend umgestaltet und erleichtert werde. Nun ist ja fast überall die Möglichkeit des Bezuges von Gas und Elektrizität gegeben. Nicht überall sind aber diese Gebrauchsgüter zu so erschwinglichen Preisen zu erhalten, daß ihr umfanglicher Verbrauch für die besitzlosen Massen in Frage kommen könnte. Es wäre daher Sache der Kommunen, Kreis- und Landesverbände, durch Anlage von Überlandzentralen den Bezug von Elektrizität zu sichern und entsprechend zu verbilligen und durch Beistellung von Gaskochgelegenheiten und Lieferung von Gas zu mäßigen Preisen den Interessenten zu Hilfe zu kommen. Bei der Herstellung von Gas werden so viel wertvolle Nebenprodukte gewonnen, daß schon darum der Gaspreis selbst sich in Grenzen bewegen könnte, die dem Kohlenpreis gleichgesetzt oder möglichst angenähert werden.

Ebenso müßten die Gemeinden allenthalben für Errichtung zentraler Waschanstalten besorgt sein. Es soll hier auf eine solche im Krieg entstandene Einrichtung etwas näher eingegangen werden.

Im Oktober 1916 wurde vom Nationalen Frauendienst in Frankfurt a/M. eine Waschanstalt gegründet, die dazu bestimmt war, den erwerbstätigen Frauen die Last der Hauswäsche abzunehmen. Nach Überwindung einiger Anfangsschwierigkeiten wurde unter sachkundiger Beratung eines Fachmanns eine Wäscherei eingerichtet, in der nach den folgenden Grundsätzen verfahren wird. Die Wäsche wird von den Kunden gebracht, die sich vorwiegend aus den Kreisen der erwerbstätigen Frauen, alleinstehenden Männer, allein wirtschaftenden Hausfrauen usw. rekrutieren, in der Anstalt gebucht und gezeichnet. Die Lieferzeit beträgt 8 Tage. Die Preise verstehen sich nach Stückzahl und Sorte. Für Beschädigung oder Verlust haftet die Anstalt. Die Wäsche wird nur gewaschen und gerollt, aber nicht gebügelt. Die Preise sind beträchtlich niedriger als bei den gewerbsmäßigen Wäschereien. (Vgl. Fürth „Eine Zentralwaschanstalt für Minderbemittelte“, Gleichheit 28. Jahrg. Nr. 23. vom 16/8. 1919.) Man wird diese Einrichtung auch in die Friedenswirtschaft übernehmen und entsprechend ausbauen müssen. Dabei wäre zunächst zu fordern, daß in verschiedenen Stadtteilen kleinere derartige Wäschereien eingerichtet würden. Das könnte entweder durch Übernahme und Ausbau bestehender Privatbetriebe oder in Anlehnung an städtische Schwimm- und Badeanstalten geschehen. Ferner sollte auch gegen entsprechende Erhöhung der Preise das Bügeln und Ausbessern der Wäsche mit übernommen werden.

II. Die Massenspeisung.

1. Alles das bedeutet eine wesentliche Erleichterung der häuslichen Wirtschaftsführung. Ein weiterer und zwar entscheidender Schritt auf diesem Wege wäre die Ersetzung der Einzel- durch die Zentralküche. Diese Frage ist indessen so verwickelter Art, daß sie nicht so leicht zu entscheiden ist wie etwa die der Zentralwäschereien, Heiz-, Beleuchtungs- und Wasseranlagen. Da sind zunächst Unwägbarkeiten persönlicher und solche ökonomischer Art. Millionen Haushalte werden trotz größter Erschwerungen am eigenen Kochtopf festhalten und daran, daß nichts so schmackhaft sein könne, als was Mutter auf altgewohnte Weise kocht. Andere werden sich darum der Massenspeisung nicht bedienen können, weil ihr Einkommen so klein ist, daß sie die durch die entstehenden Generalunkosten (Gehälter, Miete, Amortisation der Gebäude und Maschinen, Feuerung, Licht usw.) bedingte geringe Erhöhung der Essenskosten nicht zu tragen vermögen. Wieder andere (und das

wird nach dem Krieg noch weit häufiger der Fall sein denn zuvor) werden selbst ein Stückchen Land bebauen oder durch geregelte Beziehungen zum bäuerlichen Hinterland sich so viel Rohstoffe verschaffen, daß der häusliche Küchenbetrieb für sie rationeller sein wird.

Abseits dieser Gruppen, die jeder Art von zentraler Versorgung und Massenspeisung abhold oder aus irgendwelchen Gründen nicht für sie zu haben sind, erscheinen andere Personenzreise als für die Massenspeisung in Betracht kommend. Zuerst alle im Beruf stehenden Einzelpersonen bestimmter Einkommensklassen. Ferner die im hauptberuflichen Erwerb stehenden Ehefrauen mit ihren Familien, soweit solchen nicht die Möglichkeit gegeben ist, bei zeitlich beschränkter Beschäftigung oder günstig gelegener Wohnung und Arbeitszeit unter Zuhilfenahme der konsumgenossenschaftlichen Erleichterungen selbst zu kochen. Für die übrigen bedürfen wir der Massenspeisung.

Wird der Unbemittelte allzeit in der Lage sein, sich solcher Massenspeisungsanstalten zu bedienen? Und ist nicht nach dem Krieg eine Erhöhung der Selbstkosten, mindestens der Generalunkosten zu erwarten? Bisher standen der Massenspeisung ehrenamtliche Arbeit und Zuschüsse aus öffentlichen und Kriegsfürsorgemitteln zu Verfügung. Künftig wird sie genötigt sein, ohne ehrenamtliche Arbeit auszukommen und sich (bei aller Förderung durch die Gemeinden und gemeinnützigen Gesellschaften) selbst zu erhalten. Es könnten daher für die Massenspeisung nur solche Unbemittelte in Frage kommen, bei denen der durch die Benutzung der Massenspeisungseinrichtung zu erwartende Vorteil die Belastung übertrifft. Das heißt also überall da, wo die Ehefrau soviel verdient, daß der Unterschied zwischen Selbst- und Außenversorgung ausgeglichen wird und neben der Frau noch andere Verdienstbringer da sind. Wie das Volk im allgemeinen über die Massenspeisung denkt, zeigt es deutlich dadurch, daß bis jetzt selbst in den Zeiten der schlimmsten Lebensmittelknappheit nur ein Bruchteil der Bevölkerung von ihr Gebrauch gemacht hat. In Frankfurt belief sich im März 1917

zur Zeit der größten Inanspruchnahme die Zahl der Teilnehmer der Zentralküchenkommission und der Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen auf täglich 26288 = 7%, im April 1918 auf 11007 = 3% der Bevölkerung. In München betrug ihre Zahl durchschnittlich 7,8% im Februar 1917 und dies trotz der ganz gewiß überdurchschnittlichen Leistungen der Münchener Volksküche.¹⁾

Es kann danach keinem Zweifel unterliegen, daß die Massenspeisung für die breiten Massen eine Notstandseinrichtung, eine Art letzte Zuflucht bedeutet. Ist sie für die Volkswirtschaft mehr? Die Lobredner der Massenspeisung rühmen ihr eine Ersparnis an Material, Zeit und Geld nach. Das stimmt in manchen Punkten. Sie erspart Zeit und Feuerung. Sie verbraucht auch verhältnismäßig weniger an Fett, Mehl usw., als der Einzelhaushalt mindestens in Friedenszeiten verbraucht hat. Oder vielmehr: sie könnte hier eine Ersparnis erzielen, tut es aber keineswegs immer, wie an Frankfurter Beispielen nachzuweisen ist. (Vgl. Fürth, Die Zentralküche als Kriegseinrichtung, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 41 Heft 2.) Ganz gewiß ist es aber irrig, zu glauben, daß eine allgemeine Materialersparnis oder eine Streckung der Lebensmittelvorräte damit erreicht werden könnte. Ganz im Gegenteil.

Bei der Massenspeisungsanstalt wird meist minder pfleglich mit dem Material umgegangen, als es im Einzelhaushalt in dieser teuren Zeit geschieht. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Die Kartoffeln werden dicker geschält. Von den Bohnen, dem Kraut usw. wird leicht mehr weggeputzt, als notwendig wäre. Auch werden die Überreste im Einzelhaushalt sorglicher aufgespart und weiter verwandt, während bei den Massenspeisungen schon darum eher etwas zugrunde gehen kann, weil da, wo die Zahl der zu beköstigenden Personen nicht schon 1—2 Tage vorher festliegt, für eine etwas höhere als die Durchschnittszahl gekocht werden muß. Eine vorherige Festlegung der Personenzahl ist aber überall da unangänglich, wo, wie in den Kriegsküchen Frankfurts, auch Einzelessen an Urlauber, Trambahner und sonstige Passanten abgegeben werden. So kann es leicht kommen, daß

¹⁾ Vgl. auch Prof. Dr. Ph. Stein, Der Besuch der Massenspeisungen und die Lage der Lebensmittelversorgung. Beiträge zur kommunalen Kriegswirtschaft. Bd. II, Nr. 30.

mangels Keller oder Kühlanlagen in den ad hoc geschaffenen Küchen übriggebliebenes zugrunde geht.

Und da ist noch eines. Im Familienhaushalt werden die Teller nicht vollgehäuft, da ja jeder sich nachgeben lassen kann. Bei der Massenspeisung geht es nicht an, der nicht geringen Zahl derer, die ihr Essen an Ort und Stelle zu verzehren wünschen, die Portionen nach ihrem individuellen Bedürfnis zuzuteilen. Gleichmäßigkeit der Portionen ist unerlässlich. So kommt es oft vor, daß allerhand auf den Tellern liegen bleibt und in den Mülleimer wandern muß. Auch im Punkt Feuerung bin ich einigermaßen skeptisch. Es werden bei der Massenspeisung große Massen Brennstoff verbraucht und es wird je nachdem auch verschwendet. Dabei ist auch noch zu beachten, daß in den für die Massenspeisung in Betracht kommenden Kreisen der Kochofen meist gleichzeitig als Wärmequelle dient und daher von einer allgemeinwirtschaftlichen Ersparnis durch die Zentralküchen nicht geredet werden kann.

Noch ungleich schärfer tritt der Mehrverbrauch der Massenspeisungsanstalten beim Punkt Gehälter und Generalunkosten zutage. Hier müssen große Beträge für Arbeitsleistungen verausgabt werden, die sonst nebenamtlich miterledigt werden.

So ist abschließend zu sagen, daß die Massenspeisung, die denkbar beste Leitung vorausgesetzt und trotz aller Vorteile des Großeinkaufs, in einer Reihe von Punkten der Einzelküchenführung unterlegen ist. Die Massenspeisung arbeitet teurer als der Einzelhaushalt. Sie arbeitet teurer, weil so und soviel von der Hausfrau sehr oft im Nebenamt und immer unbezahlt geleistete Arbeit hier von bezahlten Kräften getan werden muß. Weil minder pfleglich mit den Stoffen umgegangen wird und es viel mehr Abfälle und im Betrieb unverwendbare Überbleibsel gibt als im Einzelhaushalt. Weil ferner, und besonders so lange es an der zu fordernden hygienischen und ernährungstechnischen Beratung fehlt, viele Nahrungsmittel (siehe Hülsenfrüchte, Teigwaren usw.) nicht so erschlossen und nutzbar gemacht werden, wie es im Einzelhaushalt von der sorgsamen Hausfrau geschieht.

Das Verhältnis zwischen Massenspeisung und Einzelhaushalt ist ähnlich wie das zwischen Groß- und Kleinbetrieb im Weinbau, in der Landwirtschaft bzw. der Viehhaltung, Gärtnerei usw. Das individuelle Können, das persönliche Interesse, damit das

intensivere Arbeiten und endlich die Liebe zur eigenen Sache und ihre sorgliche Betreuung sind die Faktoren, die in diesen Zusammenhängen einen größeren Erfolg zuwege bringen, als er dem Großbetrieb beschieden sein kann. (Die Bauern haben wohl die Molkereigenossenschaften, in die sie die bei ihnen erzeugte Milch zur Weiterverarbeitung liefern. Es fällt ihnen aber nicht ein, ihr Vieh in gemeinsamen großen Stallungen unterzubringen.) Überall wo individuelles Können und Empfinden für die Arbeit notwendig und dem Erfolg förderlich sind, wird die intensive Einzel- der extensiven Großbewirtschaftung vorzuziehen sein. Familien- und Volksküche machen da keine Ausnahme, und in der Liebe zum eigenen Kochtopf steckt ein auch volkswirtschaftlich höchst beachtlicher Kern.

Trotzdem können wir die Massenspeisung aus den zu Eingang dargelegten Gründen nicht entbehren, und es wäre daher zu überlegen, wie man sie aus einem mit notwendigen, aber auch mit vermeidbaren Mängeln behafteten Notstandsinstrument zu einer willkommenen, volkswirtschaftlich wie gesundheitlich und sozial-ethisch gleich begrüßenswerten Dauereinrichtung machen könnte.

Soll die Massenspeiseanstalt zur Dauereinrichtung werden, so kann das selbstverständlich nur auf dem Boden des sich selbst erhaltenden und keinerlei Zuschüsse bedürfenden Betriebes geschehen. Da auch die ehrenamtliche Leistung wegfallen wird, wird die Hauptaufgabe sein, die Küchen so zu organisieren, daß die denkbar größte Wirtschaftlichkeit des Betriebes gesichert ist. Geschickter Einkauf unter Berücksichtigung des Standes des Lebensmittelmarktes, zentrale Leitung, die Anstellung tüchtiger Wirtschaftserinnen sind das in diesem Zusammenhang Entscheidende.

In hervorragendem Maße scheint das in Essen der Fall zu sein. (Vgl. „Die Bedeutung der Massenküchen und ihre Entwicklung in der Stadt Essen.“ Technische Rundschau. Wochenschrift des Berl. Tagbl. 17. 7. 1918.) „Abweichend von den älteren Anlagen, die in vorhandenen Räumen untergebracht waren, wurde die Zentralkriegsküche II der Stadt Essen in einem eigens dafür errichteten, 1100 qm Bodenfläche bedeckenden Gebäudekomplex untergebracht. Um einen 13 m hohen Turm, in dem das Maschinengetriebe

läuft, ordnen sich der Gemüseputzraum, Kochraum, Fleischvorbereitungsraum und Spülraum an, die durch Gestelle zur Aufnahme der Speisebeförderungskessel voneinander getrennt und durch breite Durchgänge miteinander sinngemäß verbunden sind. Außerdem ist ein Raum für die Küchenleitung so angeordnet, daß fast die ganze Küche übersehen werden kann. Ein kleines Lager ermöglicht das Aufbewahren gewisser hochwertiger Lebensmittel und Gewürze, der sogenannten Kolonialwaren, die täglich in kleineren Mengen gebraucht werden können, während die in größeren Mengen zu verarbeitenden Nahrungsmittel durch Wagen, Automobile oder die Feldbahn zu den Abladerampen gebracht werden.

Ein großes Lager befindet sich unweit in einem städtischen Gebäude. Die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung eines möglichst umfassenden Zentrallagers muß hier betont werden. Das Kesselhaus mit dem Dampfkessel ist so angelegt, daß die Kohlen ebenfalls mit der Feldbahn oder Wagen herbeigeschafft und in einen bunkerartig gehaltenen Vorräum des Heizerstandes abgeladen werden können.

Die fertigen Speisen werden auf der Nordseite der Küche von der dortigen Laderampe aus mit Lastauto oder Straßenbahn abgeholt. Der Abfall wird in außerhalb des Gebäudes stehende verschließbare Kasten mit abklappbarer Vorderwand durch Trichter mit Klappenverschluß in den Wänden der Küche entleert, wodurch einerseits der üble Geruch in der Küche wegfällt, andererseits die Abfuhr ohne Schwierigkeit und Störung vor sich gehen kann. Überhaupt wurde auf gute Transportmöglichkeit der größte Wert gelegt, wie das bei einem Großküchenbetrieb mit einer genau nach der Uhr eingestellten Massenerzeugung auch unbedingt erforderlich ist.

Zum ersten Ausbau der Küche wurden 24 Kochkessel von je 600 Liter Inhalt in 4 Reihen bzw. zwei Gruppen aufgestellt.

Ein gelungener Versuch war die Aufstellung der Küchenmaschinen übereinander, der sich im Betriebe sehr gut bewährt hat. Erwähnung verdienen noch die Kartoffelmehlgewinnungs-Anlage sowie Holzschläuche, die zum Fördern der vorbereiteten Nahrungsmittel von einem Stockwerk ins nächste tiefere dienen. Im Erdgeschoß stehen Zerkleinerungsmaschinen für Kohlköpfe, Rüben und Fleisch, ferner eine Häckselmaschine zum Zerschneiden von Blattgemüse (Stielmus). Die Benutzung der Maschinen wechselt im allgemeinen mit der Jahreszeit ab. Zum Waschen, Wässern und Spülen dienen Holzbottiche, die zum Teil mit verzinktem Eisenblech ausgeschlagen, zum Teil auch mit aufgenagelten Leisten gedichtet sind.“

In ähnlicher Weise sollte auch anderwärts vorgegangen werden. Der oftmals unpfleglichen Behandlung der Rohstoffe wäre zu begegnen durch Aussetzung von Prämien für die Küchen, die quantitativ und qualitativ einen festgesetzten Mittelwert übersteigende

Ergebnisse herauswirtschaften. Derselbe Grundsatz der Prämienzahlung könnte auch inbezug auf die pflegliche Behandlung von Beleuchtungs- und Feuerungstoffen angewandt werden. Die Topfreste der Küchen können nach dem Beispiel Münchens, soweit sie nicht im eigenen Betrieb weiterverwandt werden können, von Bedürftigen, besonders Schulkindern nach Ablauf der gesetzten Abgabzeit abgeholt werden. (Vgl. Gasteiger, Die städtische Volksspeisung in München, München 1918. S. 78.) Mit den Tellerresten ist wenig anzufangen. Vielleicht könnte man die Esser dazu vermögen, die etwaigen Reste ihres Essens mit nach Hause zu nehmen. Geschieht das nicht, so müssen sie als Viehfutter verwandt werden.

Familienwirtschaftlich und vom Standpunkt des Familienzusammenhaltes wie der familiären Behaglichkeit bedauerlich ist die Nötigung, zur Einnahme des Essens über die Straße zu gehen oder es tagtäglich auf größere Entfernung und bei jedem Wetter einzuholen. So wäre es richtig, darauf hinzuarbeiten, daß der Verzehr des Essens am Zubereitungsort zur Ausnahme wird.

Es wird zwar immer Alleinstehende oder durch den Beruf in entfernte Stadtteile Geführte genug geben, die in den der Küche angegliederten Speiseräumen ihre Mahlzeiten einnehmen müssen, und es wird die Aufgabe sein, diesen Beziehern durch freundliche Ausstattung der Räume, durch sorgfältiges Tischdecken, mit einem Wort durch Wohnlichkeit und Behaglichkeit die Tischstunde zu einem freundlichen Ausruhen zu machen. (Vielleicht könnten auch Lese- und Ruheräume, Schreibzimmer u. dgl. geschaffen werden.) Daß und wie sehr die Teilnehmer Verständnis dafür haben, beweist das Beispiel Kiels und anderer Orte. Trotz des weitaus höheren Preises fanden die in ähnlicher Weise gehandhabten Kriegsspeisehäuser wachsenden Anklang und erfuhren auch, während allerorten die Inanspruchnahme der Massenspeisung zurückging, keine Abnahme der Besucherzahl.

Für diese Gruppen von Essenempfängern muß gesorgt und gut gesorgt werden. Im übrigen aber wären Anstalten zu treffen, die es den Familien ermöglichen, das Essen aus der Zentralküche zu beziehen, ohne es dort essen und auch ohne es dort abholen zu müssen. Es muß ihnen gebracht werden. Dabei wäre so zu verfahren: Wer Essen zu beziehen wünscht, hat das dem, sagen wir: Massenspeisungsamt unter Angabe der Wohnung, der gewünschten Portionenzahl usw. mitzuteilen. Er hat ferner 2 Trag- oder Versandgeschirre in der für seinen Bezirk zuständigen Verteilungsstelle abzugeben und dort gegen Erledigung des Betrages für 6 Tage die zuständigen Speisemarken in

Empfang zu nehmen. Von der Bezirksstelle aus geht das Eßgeschirr an die Küche. Es ist vom grünen Tisch aus nicht zu entscheiden, ob das gesamte Essen in einer großen Zentralkochanstalt hergestellt und von da aus den einzelnen Bezirken und Verteilungsstellen zugeführt oder ob nicht auch hier aus produktions- und arbeitstechnischen Gründen Dezentralisation angewandt werden soll. Wir wollen im folgenden letztere Betriebsweise unterstellen. Es wären dann je nach der Größe der Stadt eine Anzahl Betriebe einzurichten, die für das allerdings auf dem Grundsatz der Voranmeldung aufzubauende Essen im Betrieb selbst, von der örtlichen Einteilung unabhängig, für das in die Wohnung zu bringende Essen aber nur für ihren abgegrenzten Bezirk zuständig wären. Die Größe der zu schaffenden Transportbezirke wäre von der Erfahrung darüber abhängig zu machen, wieviel Portionen ein gegen Kälte und Wärme durch entsprechende Vorkehrungen (Strohdeckung, Asbesteinlagen usw.) gesicherter Transportwagen zu fassen vermöchte, auf welche Entfernung Transporte noch rentabel und pünktlich zu bewerkstelligen sind usw.? Das sind Dinge, auf die erst die Praxis eine schlüssige Antwort geben kann. So muß es uns hier genügen, die Sache an sich anzuregen.

Die Speisewagen werden zu einer bestimmten Zeit an bestimmten Straßenecken halten und ein Klingelzeichen geben. Es werden dann die durch Ausweis mit Nummer und Namen kenntlichen Bezieher ihren mit der gleichen Nummer versehenen Essenträger in Empfang nehmen und im Austausch das zweite Essentraggeschirr hingeben, das der Wagen dann wieder zur Zentrale zur Füllung für den folgenden Tag mitnimmt. Das nicht rechtzeitig in Empfang genommene Essen wird an einer bestimmten Stelle (in einem günstig gelegenen Laden oder dgl.) abgegeben und kann dort im Lauf des Nachmittags gegen ein geringes Aufgeld abgeholt werden. Bis zu einer bestimmten Stunde nicht abgeholtes Essen verfällt zu Lasten des Empfangsberechtigten und kann an Bedürftige abgegeben werden.

Soweit unser Vorschlag. Wir unterbreiten ihn der Öffentlichkeit zu Kritik und Ausbau. Er hat den Vorzug, daß er die Einnahme der Mahlzeit im Familienkreise inmitten vertrauter Räume und außerdem die Möglichkeit einer dem persönlichen Geschmack angepaßten Bervollständigung oder Verfeinerung gibt, ohne daß die Mutter selbst zu kochen braucht. Ist sie auf Arbeit, so kann jedes Kind das Essen zur bezeichneten Zeit an der vorgeschriebenen Stelle in Empfang nehmen. Endlich wird bei sorglicher Ausnutzung aller Vorteile des Großeinkaufs und rationeller Ausgestaltung des Küchenbetriebs der Essenbezug zu einem die Eigenkosten nicht wesentlich übersteigenden Preise zu ermöglichen sein.

III. Gemeindliche Lebensmittelerzeugung oder Lieferungsverträge.

Schon vor dem Kriege waren einzelne Großgemeinden dazu übergegangen, Zuchtanstalten entweder in eigener Regie zu schaffen oder Lieferungsverträge mit landwirtschaftlichen Genossenschaften abzuschließen mit der Absicht, durch eigene Zuchtanstalten verschiedener Art die Städte in größerem Umfang von dem bäuerlichen Hinterland und anderer Außenzufuhr unabhängig zu machen. Am frühesten sind Ulm und Neuulm auf diesem Wege vorgegangen.¹⁾

1) Seit Jahren sind dort Teichwirtschaftsanlagen zur Versorgung mit Fischen im Betrieb. Einen bezüglichen bemerkenswerten Versuch hat Straßburg unternommen. Es ist dort ein aus den vom Größten gereinigten Abwässern der Stadt gespeister Fischteich angelegt und in Aussicht genommen worden, im günstigen Fall diese Art der Abwässer Verwendung auszubauen. Im Jahre 1911 schlossen Ulm und der Amtsbezirk Neuulm mit einer genossenschaftlichen Schweinemästerei einen Vertrag ab, laut dessen sie jährlich steigend 1000, 2000 und 3000 Ferkel für den städtischen Bedarf einstellen sollte. Ein fester Übernahmepreis wurde vereinbart. Die Genossenschaft erhielt ein unverzinsliches Darlehen für die Beschaffung von Futter und unentgeltlich ein Grundstück für die Mastanstalt. Auch andere Anlagen, wie eine Schweinezucht mit einem Durchschnittsbestand von 700 Tieren, 3 Milchviehweiden für einige hundert Milchkühe, 3 Eierfarmen, große Obst- und Gemüsebauanlagen sowie 2 Teichwirtschaften sind in gleicher oder ähnlicher Weise der Stadt und dem Bezirk angegliedert. Unter Hinweis, namentlich auf die Ulmer Erfahrungen, ist vorgeschlagen worden, solche Anlagen allenthalben von seiten der Großstädte und Städte zu schaffen und durch Verwaltungszentralen die gemeinnützigen Produktionsstellen in einer Hand zusammenzufassen. Es hätten dann Städte und Großindustrie, um sich die Vorteile solcher Anlagen zu sichern:

- a) das Gelände und das Kapital für Einrichtung und den Betrieb der Anlagen bereit zu stellen,
- b) die Ratschläge der Zentrale zu befolgen,
- c) für die Verwaltungskosten der Zentrale je nach der Größe ihrer Betriebe Beiträge zu entrichten.“

Vgl. „Neue Wege zur Förderung der Lebensmittelproduktion und Versorgung.“
Beit & Co., Leipzig 1917.

Ein anderer Weg wäre der der gemeindlichen Produktion in eigener Regie oder endlich ein Abkommen wie das, das die Stadt Frankfurt a. M.

Man muß diesen und ähnlichen Plänen und Unternehmungen mit einigem Zweifel begegnen. Die Anlagen sowohl von Ulm wie die Unternehmung der Stadt Frankfurt sind numerisch viel zu unbedeutend, als daß ihr Produkt die Versorgung der Städte wesentlich beeinflussen oder gar gewährleisten könnte. Weil sie aber so verhältnismäßig unbedeutend sind, dürfte selbst ihr äußeres Gelingen für die Zweckmäßigkeit derartiger Anlagen nichts beweisen. Auch sind die Verhältnisse in den einzelnen Teilen Deutschlands zu verschieden voneinander, als daß man hier ein einheitliches System für das ganze Reich durchführen könnte. In West- und Südwestdeutschland herrscht der gemischt landwirtschaftliche Mittel- und Kleinbetrieb vor. Viehhaltung und Körnerbau gehen miteinander einher. Die Intensität des Betriebes wird aufs höchste dadurch gesteigert, daß die Anwesen in Folge ihrer nur mittleren Größe den persönlichen Einfluß des Eigentümers überall verspüren. Gerade bei der Viehhaltung ist aber das persönliche Moment des Eigentümerinteresses, der Liebe zu dem Seinigen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Es wäre wohl zu überlegen, ob es im Interesse der Städte nicht förderlicher wäre, von jeder Art direkter oder indirekter Eigenproduktion oder Einflußnahme darauf abzusehen, sich aber durch Verträge mit Lieferungsverbänden, landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. zu sichern. Solchen Verträgen wäre durch reichsgesetzliche Ordnung eine gewisse, prozessuale Verwicklungen tunlichst ausschließende Stetigkeit zu sichern. Wir haben es ja im Kriege endlich dahin gebracht, daß sowohl für Vieh wie für Futtermittel, Kartoffeln, Gemüse usw. solche Lieferverträge und

mit dem Kreis Westerbürg 1912 abgeschlossen hat und nach dem der Kreis Westerbürg sich verpflichtete, der Stadt Frankfurt eine mustergültig eingerichtete Viehweide von etwa 120 Morgen auf 6 Jahre derart zur Verfügung zu stellen, daß zu Beginn der Weideperiode 1913 40 Stück, 1914 70 Stück, 1915—1918 je 100 Stück aufgetrieben werden können. Die Stadt kauft das auf die Weide zu treibende Material ein. Sie zahlt an den Kreis 50 Mark Weidegeld für das Stück bis zur Schlachtreife. Vgl. „Die Lebensmittelversorgung in den Gemeinden nach dem Kriege.“ Von Dr. Urbanek. Berlin 1918.

Lieferkreise geschaffen wurden. Es haben sich dabei Unstimmigkeiten ergeben, mit denen angesichts der erschwerten Lage, des Mangels an regulierenden Weltmarktseinflüssen und der Neuheit der Einrichtungen gerechnet werden mußte, die aber im ruhigen Fluß der Friedenswirtschaft vermieden oder auf ein Minimum eingeschränkt werden könnten.

Im Interesse des städtischen Säckels wie der Versorgung der Hauswirtschaft mit den nötigen Nahrungsmitteln dürfte es jedenfalls liegen, so bald wie möglich eine endgültige Ordnung dieser Frage in die Wege zu leiten.

Überblicken wir unsern Weg als ein Ganzes, so wird offensichtlich, wie unendlich viel eine von seiten der Hervorbringung und Verteilung wie des Verbrauchs wohlgeordnete Hauswirtschaft dazu beitragen kann, die Menschen stärker, gesünder und damit zufriedener und arbeitstüchtiger zu machen. Bei sorgsamer Behandlung, richtiger Einteilung und geistiger Durchdringung und Beherrschung auch dieses Teils der Volkswirtschaft wird das gewünschte Ergebnis unter verhältnismäßig geringem Aufwand an Mitteln erzielt werden können.

IV. Die zweckmäßigste Befriedigung des Wohnbedarfs.

Als ebenbürtiger Faktor menschenwürdigen Lebens tritt neben die Ernährung die Behausung. Zielten schon längst vor dem Krieg einsetzende Reformbestrebungen einsichtiger Sozial- und Rassepolitiker darauf ab, die Heimstatt und damit die Familie zum Träger körperlicher, geistiger und sittlicher Kultur zu machen, so hat diese Aufgabe durch den Krieg ein ganz besonderes Gepräge und eine ganz besondere Dringlichkeit erlangt. Ein großer Ausfall von Wohnungen ist durch die Stilllegung der Bautätigkeit entstanden. Man hat früher in Deutschland etwa 200 000 Wohnungen jährlich neu erstellt. Außerdem wurden jährlich Hunderte von Millionen Mark für die Instandhaltung der bestehenden Wohnungen verausgabt. So kommt es, daß heute in allen Industriezentren und fast allen Großstädten ein empfindlicher

Wohnungsmangel und an vielen Orten eine unmittelbare Wohnungsnot mit ihrem Gefolge von Wohnungselend besteht.

Ist auch ein beträchtlicher Ausfall an Menschen durch den Krieg zu verzeichnen, so ist das nur in Einzelfällen gleichbedeutend mit der Auflösung des Haushalts. In der Regel und allemal da, wo mehrere Kinder vorhanden sind, wird der Hausstand auch nach dem Wegfall des Vaters aufrecht erhalten werden.

Schon der alte Reichstag hat in seiner Sitzung vom 10. Mai 1918 500 Millionen Mark als Beisteuer zum Wohnungsbau und zur Wohnungsfürsorge bewilligt. Im Reichswohnungsausschuß sind dann noch verschiedene Maßnahmen zur Abstellung der unmittelbar nach dem Krieg und vor Einsetzung verstärkter Bautätigkeit zu erwartenden augenblicklichen Notstände beraten worden. Man hat daran gedacht, vorhandene oder zu erstellende Baracken zu Wohnzwecken zu verwenden. Auch ist der Vorschlag gemacht, entbehrliche Schulen oder sonstige öffentliche Gebäude, leerstehende Geschäftslokale, Großwohnungen usw. Wohnzwecken dienstbar zu machen. Ein Ministerialerlaß gestattet die Herrichtung und Benutzung von Keller- und Dachwohnungen. Eine Praxis, vor der gar nicht eindringlich genug gewarnt werden kann. Die Dachwohnung ist das Massengrab der Säuglinge und die Kellerwohnung die Pflanzstätte der Knochitis. Es liegen seit Jahr und Tag darüber so schlüssige Erfahrungstatsachen vor, daß man unter keinen Umständen in einen Fehler zurückfallen sollte, der einmal gemacht, nur schwer wieder abzustellen sein wird.

Ebenso geläufig sind uns die Zusammenhänge zwischen Alkoholismus, Sittlichkeit und Wohnungsbeschaffenheit, und auch der Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Wohnung ist zu bekannt und zu oft gewürdigt, als daß hier noch einmal darauf einzugehen wäre. Es gibt Ärzte und andere Sachverständige, die die Tuberkulose geradezu als Wohnungs- oder sogar als Hauskrankheit bezeichnen.

Und nun sind noch die Kriegseinflüsse der Unterernährung und Überarbeit, von Angst, Sorge und Kummer dazu gekommen, um die Sachlage zu verschlimmern. Die statistischen Beröffent-

lichungen über die Wirkungen der Hungerblockade auf die Volksgesundheit reden eine erschütternde Sprache.

Die dringliche Aufgabe, die Wohnungsfrage für die Unbemittelten bis tief hinein in die Reihen des Mittelstandes in einer Weise zu lösen, die ausreichende Wohngelegenheit zu mäßigen Preisen darbietet, ist allerdings mit den 500 Millionen Mark des Reiches bei weitem nicht zu lösen. Sie sollen und können nur eine Beihilfe sein, eine Ermunterung und Sicherung, die die schlummernden Kräfte der Gemeinnützigkeit und des Privatinteresses für unsre Aufgabe aufweckt. Als ein Schritt auf diesem Wege ist die Reform des Erbbaurechtes wie die Hergabe von Geld an gemeinnützige Gesellschaften, Baugenossenschaften usw. aus diesem Reichsfonds zu bezeichnen.

Der erste deutsche Erbbauvertrag wurde im Jahre 1900 von der Aktienbau-Gesellschaft für kleine Wohnungen, Frankfurt a/M abgeschlossen. Er enthält bereits alle wesentlichen Bestimmungen des neuen Erbbaugesetzentwurfs vom 3. Mai 1918, soweit sie sich auf Begriff und Inhalt, auf Heimfalls- und Beleihungsrecht, auf Verzinsung und Amortisation beziehen. Eine Erweiterung des Rechtes der Erbbauberechtigten ist nach dem neuen Entwurf darin zu erblicken, daß Paragraph 2 Ziffer 7 des neuen Entwurfs eine eventuelle Verpflichtung des Grundeigentümers vorsieht, das Grundstück an den jeweiligen Erbbauberechtigten zu verkaufen. Ebenso scheint es als eine Erweiterung, wenn nach Paragraph 19 ein der Hypothek im Rang vorhergehender Erbbauzins „mit dem zwanzigfachen Betrag zu kapitalisieren und von dem errechneten Werte des Erbbaurechtes in Abzug zu bringen ist“.

Der am stärksten in die Augen springende Vorzug des Erbbaurechtes ist, daß der durch Bebauung, Erschließung, Straßenherstellung, Kanalisation usw. geschaffene Wertzuwachs der Allgemeinheit überall da zugute kommt, wo, wie bei dem Frankfurter Unternehmen, eine der Stadt unterstellte Stiftung die Grundeigentümerin ist.

Zur Hebung der Marktgängigkeit des Erbbaurechtes und zur Erleichterung seiner hypothekarischen Beleihungsfähigkeit wäre mit Albrecht (Entwurf eines Reichsgesetzes über das Erbbaurecht: Ztschr. für Wohnungswesen 17. Heft Jahrg. XVI Juni 1918 S. 187) eine Stärkung der vermögensrechtlichen Stellung des Erbbauberechtigten zu fordern und eine Sicherstellung dafür, „daß alle Vermögenswerte, die mit dem Erbbaubauunternehmen in Verbindung stehen, den Hypothekengläubigern in gleicher Weise haften wie beim Grundeigentum und daß diese dingliche Sicherung nicht durch vorzeitige Beendigung des Erbbaurechtes erlischt. Dementsprechend muß es Aufgabe des neuen Gesetzes sein, die Rechtsverhältnisse am Bauwerk übersichtlich zu regeln und

an Stelle der Verfallklauseln ein Heimfallrecht einzuführen, bei dessen Ausübung das Fortbestehen der Hypotheken, Grund- und Rentenschulden gesichert ist. Ferner ist die Frage der Mündelsicherheit von Erbbaurechtshypotheken und die Beleihbarkeit durch Hypothekenbanken und ähnliche geschlich gebundene Kreditanstalten zu regeln. Des weiteren muß im Interesse der Allgemeinheit die ordnungsmäßige Instandhaltung der errichteten Wohngebäude hinreichend gewährleistet werden. Dies soll geschehen durch Leistung einer Entschädigung für das Bauwerk bei Ablauf des Erbbaurechts und durch Gewährung einer angemessenen Vergütung für das Erbbaurecht bei dessen Übertragung an den Grundstückseigentümer. Damit wird der Erbbaurechtsnehmer bis zum letzten Augenblick der Dauer seines Rechts an der ordnungsmäßigen Instandhaltung des Bauwerks interessiert, weil sich die Höhe seines Entschädigungsanspruchs nach dem vorhandenen Werte des Bauwerks richtet. Gesteigert wird dieses Interesse, wenn, wie der Entwurf vorsieht, dem Erbbauberechtigten ein Vorrecht auf Erneuerung des Erbbaurechts nach dessen Ablauf eingeräumt wird.“

Noch ist zu bemerken, daß dem Gesetzentwurf eine Klausel hinzugefügt werden müßte, die jede Art von eigennütziger Ausnützung der im Erbbau erstellten Wohnungen durch maximale und nur auf Grund genau festzulegender Umstände abänderbare Mietsätze unmöglich macht.

Das Erbbaurecht ist ein in die Zukunft hinausweisendes Instrument, das mehr den kommenden Geschlechtern als seinen Ausführern zugute kommt. So kann es nur ein Instrument neben anderen sein, von denen an erster Stelle die gemeinnützige Bautätigkeit von Gesellschaften und Genossenschaften, dann aber auch das Bauen durch Private zu nennen ist. Es wird Aufgabe des dem preußischen Staatsministerium unterstellten und mit allen polizeilichen, sozial- und finanzpolitischen Wohnungsmaßnahmen befaßten neugeschaffenen Kommissariats für das Wohnungswesen sowie des Reichskommissars für das Wohn- und Siedlungswesen sein, die von Reichs wegen bereitgestellten Gelder all diesen Kategorien von Bautätigen in einer ihrer Aufgabe angemessenen Weise unter den nötigen Kautelen zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang wird in erster Linie an eine ausreichende Unterstützung der schon bestehenden gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und es wird an die zu subventionierende Neugründung solcher Unternehmungen zu denken sein. Dabei muß Vorsorge getroffen werden, daß die aus allgemeinen Mitteln unterstützten Gesellschaften sich gewisse Einschränkungen und Über-

wachungen in bezug auf Kauf und Verkauf ihrer Liegenschaften und Gebäude, auf Miethöhe, Hypothekenzinsen usw. gefallen lassen. Ebenso wären jeweils Auflagen zu machen, daß das Mietverhältnis weder in Abhängigkeit vom Arbeitsverhältnis noch in irgendwelche Beziehung zur Parteizugehörigkeit gebracht werde. Endlich wäre zu erwägen, daß und unter welchen Umständen die geringstmittelten und kinderreichen Familien bevorzugt werden sollten. Daß ein Unternehmen trotz solcher Einschränkungen und Auflagen blühen und gedeihen könne, beweist wiederum die Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a/M.

Sie bevorzugt die kinderreichen Familien, ihre Mieten bleiben hinter den ortsüblichen Mietätzen um etwa 30—40% zurück (Ende 1913 ermäßigte sie den Familien, die 5 Kinder und mehr hatten, von denen vier noch nichts verdienen konnten, die Miete dann um 5 Mk. monatlich, wenn der Mietwert der Wohnung 35 Mk. und mehr betrug) und sie erzielt trotzdem eine Verzinsung von 3½%. Sie war auch in der Lage, allen ihren Kriegsteilnehmerfamilien, deren Zahl sich bis zur Stunde ¹⁾ auf etwa 750 beläuft, während der 4 Kriegsjahre nicht unwesentliche Mietnachlässe zu gewähren, die allerdings seit dem 1. Juli 1918 in Wegfall gekommen sind.

Ihre Leistungsfähigkeit reichte aber nicht so weit, um aus eigenen Mitteln die heute so oft und mit so gutem Recht geforderten Wohnungsergänzungen schaffen zu können, und es bedurfte der bereitwilligen Hilfe privater Gönner, ihr die Durchführung dieses von ihr frühzeitig als unerläßlich erkannten Teiles ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Der Jubiläumsbericht, dem die vorstehenden Angaben entnommen sind, kommt hier zu dem Schluß:

„Will man zwar nicht „vielen Millionen“, aber doch vielen Hunderten die Räume eröffnen „nicht sicher zwar, doch tätig frei zu wohnen“, so muß ihnen nicht nur die Unterkunft geschafft werden, sondern auch das, was die Tatkraft erhält, was den Sinn freimacht für die vielen Aufgaben, an denen sich der Arbeiter beteiligen soll, außer seiner Berufsarbeit und außer der Fürsorge für die physische Existenz — und dazu bedarf es eben der zur Heranbildung der kommenden Generation und zur geistigen Frischerhaltung der Familienvorstände gleichmäßig notwendigen Wohnungs-Ergänzungen.“ (Vgl. Dr. Karl Fleisch „Von kleinen Wohnungen und wie sie ergänzt werden.“ N. a. D. S. 40.)

Seitdem ist diese Seite der sachgemäßen Lösung der Wohnungsfrage der Unbemittelten im lebhaften Fluß der Ent-

¹⁾ Die Arbeit ist im September 1918 abgeschlossen worden.

wicklung geblieben und die Kriegswirkungen haben die Notwendigkeit der Wohnungsergänzung aufs neue dargetan.

Es wird Aufgabe der Wohnungsfürsorge sein, solche Ergänzungen in Gestalt von Vereinsthäusern, Krippen, Horten, Spiel-, Bleich- und Trockenplätzen, Gartenparzellen, Bereitstellung von Hauspflegeeinrichtungen usw. zu schaffen, und es wäre zu fordern, daß öffentliche Mittel für diese aus den Mieterträgen nicht speisbare Zwecke zur Verfügung gestellt würden.

Ein weiteres wichtiges Erfordernis gesundheitsgemäßen Wohnens ist die reichliche Zufuhr von Luft und Licht, wie sie niemals im dichtbesiedelten Kern der Städte, sondern nur an ihrer Peripherie oder im bäuerlichen Hinterland denkbar ist. Andererseits wird es aber nicht immer möglich sein, bei der Besiedlungsfrage (soweit sie nicht durch die Gartenstadt mit ihrer Zusammenfassung von Wohn-, Arbeits- und Verkehrsstätte gelöst werden kann) Rücksicht auf die Entfernung von der Arbeitsstätte, dem städtischen Verkehrszentrum usw. zu nehmen. Da muß dann als Wohnungsergänzung ein geeigneter Ausbau des Verkehrsnetzes und der Verkehrswerkzeuge eintreten. Beschleunigter Straßen- und Lokalbahnverkehr wird hier das Gegebene sein.

Außerdem ist dem gemeinnützigen Wohnungsbau durch eine Reihe anderer Maßnahmen wie Verbilligung oder Erlaß der Straßenbeiträge, Hergabe von Gelände seitens der Städte und Verbände, im Notfall auch durch Enteignung von Gelände auf Grund der eignen Steuereinschätzung der Eigentümer (vgl. Stadtbaurat Knipping: Förderung des Kleinwohnungswesens, Zeitschr. f. Wohnungswesen, Jahrg. XVI, S. 19, S. 206) zu Hilfe zu kommen. Ein bemerkenswerter Vorschlag von Stadtrat Dr. Landmann, Frankfurt, verlangt eine Reform des Enteignungsrechtes, um so die zum Wohnungsbau erforderlichen zusammenhängenden Bauflächen zu gewinnen, behördliche Preisregelung bei Ziegeln, zentrale Organisation zur Beschaffung von Baumaterialien usw., staatliche Bürgschaft für zweitstellige Hypotheken. Von Bauen in eigener Regie wäre wohl aus oft gewürdigten Gründen abzuraten. Doch müßten sich die Gemeinden der ihnen hier in

weitem Umfang erwachsenden Aufgaben sorglich annehmen und es müßte durch Wohnungsämter die ratende und richtende Instanz in Wohnungsfragen geschaffen werden, der neben der eigentlichen Wohnungspflege auch die pädagogische und wirtschaftliche Beratung der Familien zuzuteilen wäre. Endlich wäre es zu begrüßen, wenn sich auch die Gewerkschaften und ähnliche Organisationen durch Hergabe von Mitteln am gemeinnützigen Wohnungsbau beteiligen wollen. (Knipping a. a. O. S. 209.)

Endlich sei eines Vorschlags zur Gründung gemeinschaftlicher Überlandbauunternehmungen gedacht, der auf der Tagung des Westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungswesens erörtert wurde. Es könnte durch solche Unternehmungen eine gewisse Bauverbilligung durch Typisierung des Kleinwohnungsbaus, Herstellung von Normalien für Türen, Fenster, Beschläge, stets wiederkehrende Konstruktionsteile usw. herbeigeführt und derartige Gegenstände unter Ausnutzung der Konjunktur in großen Mengen beschafft und auf Lager gehalten werden. (Vgl. auch die Ausstellung für sparsame Baustoffe und die Schrift von Peter Behrens und Fried. Seefelberg, Vom sparsamen Bauen.) Im übrigen brauchte sie durchaus nicht zu einer Schädigung der Bauhandwerker zu führen, könnte vielmehr sich jeweils an den einzelnen Orten der Handwerker und einschlägigen Unternehmungen für die Ausführung bedienen.

So weitgedehnt man sich auch die gemeinnützige Bautätigkeit denken möge, sie wird nicht ausreichen, um dem gesteigerten Bedarf an Wohnungen und zwar besonders an Kleinwohnungen gerecht zu werden. So wird man dahin arbeiten müssen, neben der gemeinnützigen auch die private Bautätigkeit für den Kleinwohnungsbau zu interessieren. Das wird gelingen, wenn der Kleinwohnungsbau ein zugleich sicheres und rentables Geschäft sein wird, das auch mit geringen Mitteln solide betrieben werden kann. Hier wäre durch Hergabe von Gelände in Erbbaupacht, ferner durch eine je nach dem bis zu 90% des Bauwertes gehende Beleihung zu billigem Zinssatz, kurz durch alle auch dem gemeinnützigen Bauen zugeordneten Erleichterungen die private

Bautätigkeit anzuregen. Als Gegenleistung wären den Privaten gewisse Einschränkungen ihres Besitzrechtes in bezug auf Miethöhe, Kündigungsrecht usw. aufzuerlegen. Auch wäre den Hypothekargläubigern ein näher zu umgrenzendes Vorkaufsrecht einzuräumen und die Bedingung festzulegen, daß jeder Nachbesitzer zur Innehaltung der dem Erbauer gemachten Auflagen verpflichtet sei.

Neben der Belebung der Bautätigkeit durch gemeinnützige und private Erbauer hat man in diesen Tagen die Forderung erhoben, die heute vorhandenen Wohnungen zu rationieren. Das mag insoweit berechtigt sein, als man in die Lage kommen könnte, einer etwaigen Massenobdachlosigkeit gegenüber den Besitzern größerer und großen Wohnungen als Pflichtleistung die Unterbringung einer angemessenen Zahl von Menschen aufzuerlegen. Sie hätten sich dann mit dieser Verpflichtung gerade wie mit einer etwaigen militärischen Einquartierung abzufinden. Es muß aber als utopisch gelten, aus einer solchen Maßnahme mehr als eine vorübergehende Notstandsaktion machen zu wollen. Als dauerndes Abhilfsmittel der Wohnungsnot gedacht, würde sie nicht nur dem Tropfen auf glühendem Stein gleichen, sie wäre auch unwirtschaftlich. Unwirtschaftlich, weil die Mühen und Kosten des Umbaus in keinem Verhältnis zu dem erlangten Nutzen stehen und ein Umbau nur unter Zerstörung von Werten zu bewerkstelligen wäre. Endlich auch nutzlos, weil der Luxusbauten, wie schon angedeutet, im Vergleich zum Bedarf verschwindend wenige sind. Dagegen könnten, wie auch schon erwähnt, Schulen, Amtsgebäude, Kinos, Klubs, leerstehende Lager und Läden usw. Wohnungszwecken dienstbar gemacht werden.

Auf Ziel und Aufgaben der Gartenstadtbewegung braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Wer Hellerau gesehen und an Hand einer der jüngsten Publikationen (Booth: „Erleichterung im Kleinwohnungsbau und ihre Bedeutung für die Wohnungsfürsorge nach dem Kriege“, Leipzig 1916, B. G. Teubner) wieder einmal Einblick in die ganze Fülle des dort Verwirklichten und Erstrebten gewonnen hat, der kann nur wünschen, daß Tausenden und aber Tausenden besonders unserer Kriegs-

beschädigten hier nahe ihrer Arbeitsstätte in guter Luft und ländlicher Umgebung und doch gespeist aus allen Quellen der Kultur und Lebensfreude Gelegenheit gegeben sein möge, zu erstarben und einem Leben in freudvoller Arbeit und arbeitsvoller Freude zuzuwachsen.

In Hellerau ist eine in sich geschlossene Anlage für Kriegsinvaliden in Aussicht genommen. Es ist außerdem dort ein neuer Kleinhaustyp herausgearbeitet und gebaut worden, der Zwergwohnungen für alleinstehende Frauen und Männer darbietet und zwar bei einer Anzahlung von nur 500 Mark und Jahreskosten von insgesamt 330 Mark. Hier ist Vorbildliches geleistet, und mit Recht heißt es in der angezogenen Publikation: „Es leuchtet ein, daß es sich hier um eine soziale Aufgabe von eminenter Bedeutung handelt: Der Arbeiter der Großstadt kann außerhalb der Stadt im eigenen Heim, auf eigenem Grund und Boden mit seiner Familie leben in einer Wohnung, die Gesundheit und Sauberkeit, häusliche Zufriedenheit und ein sittlich gesundes Familienleben ermöglicht, und kann durch Beteiligung an Garten- und Feldarbeit die Fühlung wieder gewinnen mit der Scholle der Heimat.“

Der Wohnungsbau, wie großzügig er auch angefaßt und durchgeführt werde, kann doch nicht mehr als den Rahmen für eine gedeihliche Befriedigung des Wohnbedürfnisses schaffen. Das meiste und das beste daran müssen die tun, denen all diese Fürsorge gilt. Ihre Aufgabe ist es, aus den toten Stoffen lebendiges Leben emporblühen zu lassen. Die ihre, das was ihnen geboten wird, zu dem zu machen, was es sein kann. Wir kommen damit zu einem trüben Kapitel des Familienlebens, nicht aber zu einem hoffnungslosen. Ist erst einmal der äußere Rahmen menschenwürdiger Wohnmöglichkeit mit einem Netz von Erleichterungen und Ergänzungen geschaffen, dann muß es auch möglich sein, die Bewohner und besonders die Hausfrauen zu einer sachgemäßen Benutzung und Pflege der Wohnung zu vermögen.¹⁾ Heute fehlt noch viel daran. Wir begegnen in den kleinen Wohnungen so oft dem, was man wohl auch den „Armeleutegeruch“ nennt, ohne daß das, was dies Wort ausdrückt, als unvermeidbare Begleiterscheinung von Menschen oder kleinen Wohnungen anzusehen

¹⁾ Zu diesem Gehalt friedvoller und behaglicher Heimstatt gehört auch die pflegliche Behandlung der Tapeten und Holzverfälschung, der Fenster und Treppen, der Bade- und Wäscheeinrichtung usw.

wäre. Ich bin in kleine und kleinste Wohnungen gekommen, die sauber und behaglich und in andere, die voll mephitischer Dünste waren. Das eine das Verdienst, das andere die Schuld der Hausfrau. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß man, mit dem nötigen Apparat ausgerüstet, eine Sechszimmerwohnung leichter in Ordnung halten kann als eine von nur 2 Räumen. Es ist aber ebenso unbestreitbar, daß es ungleich wichtiger ist, in einer Kleinwohnung Unordnung und Verwahrlosung irgendwelcher Art nicht aufkommen zu lassen. Einmal eingerissen, kann man ihrer niemals wieder Herr werden. Darum ist sorglichste Wohnungspflege das oberste Gebot jeder Kleinwohnung. Alles Hausgerät, die Kleidung, jeder Gebrauchsgegenstand muß seinen gewiesenen Platz haben und an ihn nach stattgehabter Benutzung zurückgebracht werden. Zur bestimmten Zeit und in bestimmter Folge müssen alle Arbeiten getan, unvorhergesehene Störungen und Arbeiten müssen so geräuschlos wie möglich eingeschaltet und erledigt werden. Und vor allen Dingen: Licht und Luft müssen freien Paß haben. Die Betten müssen jeden Tag durchlüftet und wenn möglich, durchsonnt, der Boden muß aufgewaschen, die Möbel abgestaubt und geordnet werden.

Ein besonderer Krieg muß der sogenannten „guten Stube“ gelten. Es ist tief bedauerlich, immer wieder feststellen zu müssen, daß der schönste Raum der Drei- und manchmal selbst der Zweizimmerwohnung dem täglichen Gebrauch entzogen, mit kalten Staatsmöbeln vollgepfropft oder aber auch daneben als Wäsche- oder Vorratskammer benutzt, ein totes und kaltes Dasein führt, dieweil die Familie sich in Küche oder Schlafzimmer notdürftig behilft. Man mag gelten lassen, daß sich in diesem Verlangen nach einem Raum, der nicht dem Alltag gehört, mehr oder minder bewußt die Sehnsucht nach etwas Sonntäglichem ausspricht, nach etwas, das anders ist als der Werktag. Diese Sehnsucht ist im tiefsten Sinne berechtigt, die Art ihrer Verwirklichung in Form der „guten Stube“ ist ein bedauerliches Mißverstehen eines an sich begrüßenswerten Empfindens. In den Alltag selbst muß man sich seine Freude und Sonne holen, ihn muß man zum Sonntag machen. Es gibt der Werkstage so viele und der Sonntage so wenige. Darum wenn man schon die Möglichkeit hat, sich eine „gute Stube“ leisten zu können, dann soll man auch in ihr wohnen und daheim sein. Und soll danach trachten, jeden einzigen Raum einer Wohnung, wie groß oder wie klein sie sei, in eine gute Stube umzuwandeln. Saubere Decken auf Betten und Tischen, saubere Vor-

hänge an den Fenstern, blühende Blumen davor: und der Zauber ist gewoben. In begrüßenswerter Weise ist da wiederum die Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen vorgegangen. Sie hat mit dem Verein „Kleingartenbau“ ein Abkommen getroffen, wonach dieser die Bearbeitung der in den Höfen eingerichteten kleinen Gärten überwacht und den Pflägern der schönsten Gärten wie auch der schönsten Zimmerblumen kleine Prämien überweist.

Erziehung zur Schönheit und zur Sehnsucht danach, Erziehung zu Licht-, Luft-, Freude- und Lebenshunger edelster Art, das sind gute Helfer auch im Kampf um des Lebens Notdurft und es sind Siegbringer, die das Düstere erhellen, das Spärliche reicher machen, die durch Vermittlung unbezahlbarer, weil durch kein Geld zu erkaufender Güter uns Lebens- und kampftüchtiger machen, uns hoffen lassen können, die Unbilden dieses Weltunglücks aus eigenen inneren und unzerstörbaren Kräften zu überwinden.

Eine neue Art von Lebens- und Heimfürsorge hat sich in den sogenannten Mütterfiedlungen aufgetan. Man versteht darunter den Zusammenschluß von 5—6 Arbeiterinnen oder erwerbstätigen Müttern und ihren Kindern zum Zwecke gemeinsamer Wirtschaftsführung.

„Eine Leiterin übernimmt die Fürsorge für Mütter und Kinder. Die Mütter unterstützen sie in ihrer Arbeit, soweit ihre Zeit es erlaubt, und zahlen eine Zuhilfe zum Haushalt. Mütterfiedlungen sind als soziale Unternehmungen gedacht, sie müssen daher von einem Verein oder von privater Seite unterstützt werden, da sie sich nicht selber erhalten können. Sie kommen ganz besonders als Angliederung an bestehende Wöchnerinnenheime in Betracht. Die Mütterfiedlungen können dann für junge, unverheiratete Mütter, für die sich bei der Rückkehr in das Erwerbsleben große Schwierigkeiten ergeben, ein Weg der Hilfe sein, der um so wertvoller ist, da er zur Selbsthilfe führt. Mütterfiedlungen verlieren einen Teil ihres Wertes, wenn sie nicht den Charakter eines Familienzusammenschlusses bewahren. Ein Haus, ein Tisch, ein Herd, eine Mutter, nämlich die Leiterin der Siedlung, aber alle Teile der Familie selbständig und ohne Entziehung der persönlichen Freiheit und der eignen Entwicklung zusammengeschlossen. Mütterfiedlungen sollten möglichst frei gelegen sein und, so wenigstens ist das Ideal, jeder Mutter und ihrem Kind ein Einzelzimmer gewähren.

Gemeinschaftswohnungen ruhen auf gleicher Grundlage wie die Mütterfiedlungen und unterscheiden sich nur in wenigen Punkten von diesen. In

der Gemeinschaftswohnung werden Mütter, die im Erwerb stehen, durch gemeinschaftliches Wirtschaften (Miete, Licht-, Feuerungs- und Gasverbrauch, Ernährung, Anschaffung und Ergänzung des Inventars usw.) zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen. Eine geordnete Arbeitseinteilung und Regelung der Beaufsichtigung der Kinder wird Arbeitskraft sparen und den Müttern helfen, ihren Berufs- und Mutterpflichten gerecht zu werden.

Gemeinschaftswohnungen sind als weitere Stufe der Mütterfiedlungen gedacht. Der freiwillige Zusammenschuß bedeutet auch einen Fortschritt, denn von da an ruht es in den Händen der Mütter, die Gemeinschaft so zu gestalten, daß ein wirtschaftlicher Vorteil dabei herauskommt.“ („Die Gleichheit.“ 28. Jahrg. Nr. 11 v. 1. 3. 1918.)

Endlich ist noch ein Wort von den Ledigenheimen zu sagen. Sie sollten in keiner Stadt mit fluktuierender Jungbevölkerung fehlen und sollten so angeordnet, ausgestattet und verwaltet werden, daß auch sie zu einer Heimat und einem Schutz gegen die Gefahren der Straße und des Alleinlebens werden können.

Bei verständigem Zusammenwirken aller von uns gekennzeichneten Faktoren des Wohnungsbaus und der Wohnungsaufsicht und -pflege steht zu hoffen, daß die kommende Wohnungsnot ohne empfindliche Dauerschädigung überwunden werden könne und als dauernder Gewinn die Einsicht in die allseitige Wichtigkeit kulturwürdigen Wohnens und ein dementsprechendes Verhalten Gemeingut der Massen werde.

V. Die Lüchtigmachung der Massen als Mittel der Lebenserleichterung.

Sind Ernährung und Behausung die Grundfesten, von deren Beschaffenheit und Tragkraft Art und Aufbau des Lebens abhängt, so ist dieser Lebensbau selbst ein vielfältig zusammengesetztes, das aus Wurzeln und Kräften innerer Art hervordachsend in mannigfacher Weise auch von außen beeinflusst werden kann und soll. Körperpflege, Erziehung und Unterricht in Haus und Schule sind die Komponenten solcher Beeinflussungsmöglichkeit. Ihnen obliegt die Aufgabe, die Menschen so zu formen und zu bilden, daß dem einzelnen wie der Gesamtheit das denkbar größte

Ausmaß an Leistung, Gelingen und Lebenserfüllung daraus erwachse.

In dem vorliegenden Fall gesellt sich zur Allgemeinaufgabe die besondere, dies Ziel der körperlichen, geistigen und sittlichen Ertüchtigung und Lebenserfüllung der Massen wiederum mit den sparsamsten Mitteln zu erreichen. Auch hier ist im Auge zu behalten, daß uns der Krieg an Mitteln und Möglichkeiten sinnvoller, befriedigender und befreiender Lebensgestaltung unsagbar verarmt hat, und daß es doch auf der anderen Seite niemals notwendiger war als heute, gegen den zerstörenden Einfluß einer schweren und lastenden Gegenwart innere Kräfte zu wecken und zu pflegen, die uns, indem sie uns von rein äußerlichen Lasten und Beschwernissen in größerem Umfang unabhängig machen, dazu helfen können, ohne dauernde Schädigungen durch Last und Braut des Heute hindurch zu gehen. Die uns ferner helfen können, eine von äußeren Umständen unabhängige Glücksmöglichkeit, Lebenserfüllung und Befriedigung zu erlangen.

Wie können wir das anfangen? Unser bestes Blut wurde draußen verströmt. Die Quellen unserer Kraft sind verschüttet, alle materiellen Lebensgüter verbraucht, vernichtet, vertan. Ein Chaos ist hereingebrochen. Es zu entwirren, aus Schutt und Trümmern Neues aufzubauen, ist die schwere Aufgabe, die uns gesetzt ist. Da heißt es, mit dem Anfang beginnen. Am Anfang aber steht die Jugend. Die ist ein Anfang, die ist unsre Hoffnung von morgen.

Viele sagen, es sei schlecht bestellt um diese Hoffnung. Eine bleiche, blutlose Jugend habe uns dieser Krieg geschaffen und eine verwahrloste dazu. Beides stimmt nicht in dem vorausgesetzten Umfang. Gewiß gibt es mehr unterernährte Kinder als in Friedenszeiten und die Verwahrlosung und Kriminalität der Jugendlichen hat in erschreckendem Maße zugenommen. Man läßt aber die Ursachen außer acht. Der Vater im Krieg, die Mutter im Erwerb, die Schule längst nicht das, was sie früher zu sein pflegte, die Lebensverhältnisse nach allen Seiten hin unendlich erschwert, das Beispiel vieler Erwachsener nichts weniger

als vorbildlich, die Welt arm an Freude und guter Anregung und die Lockung um vieles größer.

Angesichts alles dessen sollte man sich vielmehr der Tatsache freuen, die allerdings viel zu wenig bekannt ist: der ganz außergewöhnlichen Pflichttreue, des Eifers und der Sachkunde, mit der viele Kinder und Halbwüchsige sich an Aufgaben gewagt und sie erfüllt haben, die weit über ihre Jahre hinausliegen. Mancher Knabe ist da über Nacht zum Manne gereift, und manches Mädchen hat Hausmutter- und Erzieherpflichten auf sich genommen und getreulich ihre Pflicht erfüllt. Die Gefahren allerdings, die unsrer Jugend drohen, die Warnungszeichen, die in ihrem angekränkelten Teil erstanden sind, machen die Pflichten der Ab- und Gegenwehr um so dringlicher.

Zuerst das Körperliche. Es heißt Schutz des neuen Lebens, Schutz von Mutter und Kind. Es ist hier nicht unseres Amtes, näher auf dieses vielverästelte Problem einzugehen. Der Krieg hat uns die Kriegswochenhilfe gebracht. Sie begreift in sich, daß die Frau des Kriegsteilnehmers zu Entbindung und Wochenbett eine geldliche Beihilfe von zusammen 91 Mark und einschließlich Stillprämien für 12 Wochen von 133 Mark bekommt. Hier ist fortzubauen. Jede innerhalb bestimmter Einkommensklassen verharrende Frau, die Mutter wird, muß künftig dieser noch zu erweiternden Hilfe genießen. (Vgl. Fürth: Mutterschaftsversicherung. Jena 1911 G. Fischer.) Dem muß sich der Ausbau der Hauspflegeeinrichtung, das Arbeitsverbot für Weibliche in gefährlichen und besonders in den die mütterliche Sphäre bedrohenden Gewerben, die Kinderrente, die Wohnungs- und Erziehungsbeihilfe gesellen.

Ferner die Fürsorge für das Wohl der Schulentlassenen in Berufsberatung und Lebensführung. Darauf ist etwas näher einzugehen. Eine der bedeutsamsten, durch den Krieg in überraschendem Maße bestätigten Erfahrungstatsachen ist, daß die Qualität unseres Volkstums seiner Quantität weitaus überlegen ist. Aus natürlichen Anlagen hervordachsend, danken wir diese günstige Wesenheit unseres Volkstums unserer Gewöhnung an

Disziplin, unserer breit aufgebauten Volksbildung und Erziehung. Auf diesem Wege ist fortzuschreiten. Der Schule ist hier eine bedeutsame Aufgabe gesetzt. Es war schon in anderem Zusammenhang davon die Rede, in welcher Form die Schule an der hauswirtschaftlichen Tüchtigmachung zu beteiligen sei. So sei, da wir von den Lern- und Lehraufgaben der Schule im allgemeinen nicht zu reden haben, nur auf das eingegangen, was in unserem Sinne der vollstlichen Tüchtigmachung der Schule an anderen Neuaufgaben zuzuteilen sein wird. Vor allem ist eine bedauerliche Lücke auszufüllen. Die Schule muß in den Rahmen ihrer Lehrtätigkeit die rechtskundliche, staatsbürgerliche und außenpolitische Unterweisung einbeziehen. Es hat sich im Gegensatz zu den vorbildlichen Front- und Heimleistungen unseres Volkes als ein verhängnisvoller Mangel erwiesen, daß wir als politische Kinder, als Fremdlinge in der Welt der großen politischen und wirtschaftlichen Welttatsachen in diesen Krieg gestürzt worden sind. Es ist müßig darüber zu rätseln, ob im anderen Falle der Krieg vermeidbar gewesen wäre. Sicher ist aber, daß die Zukunft uns auch nach der Seite der staatsbürgerlichen und weltpolitischen Urteilsfähigkeit und Mitverantwortlichkeit besser gerüstet finden muß. So muß die Schule, fernab von jeder Parteipolitik, die Jugend in sachlicher Darstellung in das Wesen und Wirken des Staats, der Parteien, in die volks- und weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen einführen, sie mit Rechtskunde und Verfassungsleben bekannt machen. Die Fortbildungsschulen haben dann das Werk der Schule in geeigneter Weise fortzusetzen, damit ein Volk werde, in dem jeder einzelne Bürger um Wesen, Wollen und Sollen des Staates Bescheid weiß, urteilsfähig und daher auch verantwortungsberechtigt und bereit ist.

Als ein wertvolles Hilfsmittel zur Heranbildung verantwortungsfähigen Staatsbürgertums ist die frühzeitige Gewöhnung an Verantwortlichkeit, Sachlichkeit und Selbstkritik zu kennzeichnen, wie sie in den verschiedenen Versuchen, die Kinder frühzeitig und gegenseitig zu Urteilsfindern und Richtern über ihr eigenes Tun zu machen, uns entgegentritt. Auf ein solches

System der Selbsterkenntnis und Verantwortungsbereitschaft hat der amerikanische Richter Benjamin Lindsay seine Maßnahmen zur Erziehung und Überwachung der Fürsorgezöglinge und jugendlichen Missetäter mit einem Erfolg aufgebaut, der freilich nur den überraschen wird, der sich nie in die Seele eines von Hause aus unverdorbenen Kindes vertieft hat. Nach demselben System verfuhr Langermann („Der Erziehungsstaat“, Berlin-Zehlendorf 1910, Verlag Mathilde-Zimmer-Haus) in seiner Schule für Zurückgebliebene, und in ähnlicher Weise hat man in einer Reihe höherer Schulen die besten Erfahrungen mit der sogenannten Selbstverwaltung der Schüler gemacht, die man soeben begonnen hat, in der sogenannten Schulgemeinde auszubauen und zu vertiefen. Kinder und recht oft auch kindlich gebliebene Erwachsene werden das sein oder werden, was man ihnen zutraut zu sein, und Vorbild und Vertrauen haben sich noch stets und überall als die besten Helfer beim Erziehungswerk erwiesen.

Die Schwere des Lebens versagt es heute Hunderttausenden, ja Millionen von Müttern, ihren Kindern auch nur annähernd das zu sein, was Pestalozzi wünscht und fordert. Um so dringlicher ist es, den Müttern die Fülle der inneren Kräfte zu erschließen, die es ihnen ermöglichen sollen, in ihrer Freizeit den Kindern durch ihr ganzes Sein und Tun das an Seelenkräften und Gemütswerten zu geben, dessen die heranwachsende Jugend als einer Schutzwehr mehr denn je bedarf. Um so dringlicher ist auch die Aufgabe, den Frauen durch die von uns geforderten hauswirtschaftlichen und arbeitstechnischen Reformen den Weg zu sich selbst zu bahnen. Vor diesem Wichtigsten muß selbst alle Berufs- und alle formale und materiale Schulbildung zurücktreten. Ihr Wert soll ja gewiß nicht unterschätzt oder verkleinert werden, aber viel wichtiger ist es doch, unsre Mütter so zu erziehen, daß ihr ganzes Sein auf dem festen Grunde einer selbsterarbeiteten Lebensanschauung und unbeirrbarer Lebensführung ruhe, jene mütterliche Wärme ausstrahle und jenes innige Verstehen für die Fragen der Kinderseele, durch das unsre besten Mütter von je und je die Welt befruchtet, erleuchtet und erwärmt haben.

Neben der geistigen und der Pflege des Charakters steht die körperliche. Turnen, Schwimmen, Wanderfahrten, Sport und Spiel. Es hat auch bisher daran nicht gefehlt. Vielleicht könnte man aber noch dadurch ausbauen, daß man einen Teil des geschichtlichen, naturgeschichtlichen, geographischen und heimatkundlichen Anschauungsunterrichts auf Wanderungen durch die Gauen der Heimat erteilte. Endlich wäre auch nach dem Vorbild der Kerschensteiner, Sickinger und Langermann eine stärkere Betonung des Arbeitsunterrichts als der lebendigsten, das Kind unmittelbar mit dem Lehrgegenstand sowohl von der Seite des Verstandes als von der des Willens verknüpfenden Form der Unterweisung zu bewirken. Was wir hören und nur begrifflich aufnehmen, bleibt uns oft schattenhaft und tot, was wir tun, was wir ergreifen im wahren Sinn des Wortes, das gehört uns und wird lebendig und wirkt in uns und aus uns fort.

Neben alledem müssen die Schulen noch ein Neues dadurch übernehmen, daß in allen geeigneten Fällen die Schulspeisung eingeführt würde. Nicht als armenpflegerische oder Wohlfahrtsleistung, sondern als eine rechtmäßige Schulleistung und in Anlehnung an den Umstand, daß in all den Fällen, in denen die Mutter mit erwerbstätig sein muß, von einem Familienzusammensein doch erst in den Spätnachmittag- oder Abendstunden die Rede sein kann.

Zu vervollständigen wäre die körperliche Schulfürsorge durch Angliederung von Überwachungsmaßnahmen (Beaufsichtigung der Spielplätze und Aufenthaltsäle, Einrichtungen, die es ermöglichen, die sog. häuslichen Aufgaben unter Aufsicht in der Schule zu machen). Alles das ist hier nur, als im Sinne unserer Sonderaufgabe wesenswichtig, anzudeuten. Berufenerer mögen dies Programm ausbauen und in seinen Einzelheiten erläutern.

Zwischen dem Kinde und dem Erwachsenen steht der Jugendliche. Sein ganzes Sein ist gespannt auf das Wunder des Lebens und sein Lebensdrang geht oft irre. Ihm muß man in den entscheidenden Jahren der Entwicklung von allen Seiten zu Hilfe kommen. Da ist zuerst die Frage des Berufs. Sie wurde und

wird noch vielfach nach ganz äußerlichen Gesichtspunkten, wie Stand und Vermögen des Vaters, rasche Verdienstmöglichkeit usw. entschieden. Das muß künftig anders werden. Aus persönlichen wie aus sachlichen Gründen. Es ist nicht jeder zu jeder Arbeit geschickt. So muß man sich Mühe geben, jeden an die Stelle und in die Arbeit zu bringen, die seinen Anlagen und Neigungen am nächsten kommt. Man gründet in richtiger Einschätzung der entscheidenden Wichtigkeit der Berufswahl allerorten Berufsberatungsstellen, zu denen sich hoffentlich in absehbarer Zeit staatlich geordnete Berufsämter gesellen werden. Ihre Aufgabe wird sein, durch geeignete Versuchsreihen, durch Umfragen bei Krankenkassen und Ärzten, unterstützt durch zahlenmäßige Aufnahmen, die äußeren Bedingungen und Erfordernisse der verschiedenen Berufe, ihre Einwirkung auf die Gesundheit, die geistige und seelische Verfassung festzustellen. Es wird ferner Sache der Berufsämter und der ihnen zu unterstellenden Berufsberatungen sein, jeden einzelnen auf seine körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten durch entsprechende Versuche und in eingehender, auch die persönliche Neigung feststellender und berücksichtigender Unterredung zu prüfen. Höchste Leistung wird nur die Arbeit ergeben, die nicht nur mit Kopf und Hand getan wird, sondern bei der auch das Herz, das heißt aber das freundige Wollen mitarbeitet. So muß auch aus diesem Grund die Berufsberatung neben der Eignung auch die Neigung der Ratsuchenden befragen und berücksichtigen.

Im Leben der Jugend verlangt nicht nur die Pflicht, sondern auch die Freude ihren Platz. So ist es Aufgabe jeder gesunden Lebensführung, der Freude diesen Platz so zu bereiten, daß sie zum Guten und Reinen führe. Mit einem Mindestmaß von Mitteln kann das erreicht werden. Jugend ist dankbar und ist genügsam, wenn man sie nur recht zu führen weiß. Sie bedarf, um froh sein zu können, weder der Aufpeitschung noch des raffinierten Genußes. Man braucht sie nur ihres eignen Vermögens, ja Reichthums bewußt werden zu lassen und ihr die in ihr selbst wie in der Natur strömenden Fundquellen zu erschließen.

Wandervogel-, Pfadfindervereinigungen wirken in dieser Richtung. Trotz mancher Entgleisungen und Verirrungen ist in ihnen ein gesunder Kern. Ihn gilt es zu entwickeln und vermittelt dieser Gemeinschaften die jungen Menschen zu freudigem Schauen, Genießen, Wollen und Wirken zu erziehen.

VI. Die Freie Volksbildungsarbeit.

Der Bildungs- und Erziehungsarbeit an der Jugend gesellt sich die am Erwachsenen: die freie Volksbildungsarbeit. Ihre Aufgabe hat sich allmählich als eine doppelte herausgestellt. Sie will den Erwachsenen, die aus Ungunst der Verhältnisse sich in der Kindheit und Jugend keine umfängliche und ausgeglichene Bildung erwerben konnten, Gelegenheit geben, diese Lücken auszufüllen. Sie will ferner den Unbemittelten alle Quellen des Wissens, der geistigen und ästhetischen Kultur erschließen und auf die Charakterbildung einwirken. Und in richtiger Würdigung der Tatsache, daß man auch hier beim Anfang anfangen muß, hat man sich nicht damit begnügt, diese Bildungs- und Kulturmöglichkeiten den Großstadtmassen zugänglich zu machen, sondern man ist auf das Land hinausgegangen als das die Bevölkerung der Großstadt speisende Menschenreservoir und hat, anknüpfend an die Interessen und das Verständnis der Landbewohner, dem Strom der Kultur auch dort ein Bett gegraben.

Die Volksbildungsarbeit kann bereits auf eine lange und ehrenvolle Vergangenheit zurückblicken. In Wien, Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. und an vielen anderen Orten läßt sich ihre Tätigkeit schon auf Jahrzehnte zurückverfolgen. Vorträge, Vorlesungen, Unterrichtskurse, Reisen, Wanderungen, Gründung von Büchereien und Lesesälen, Erstellung von Volkshäusern und Heimen, von Instituten mit Universitätscharakter, Schaffung von Heimathäusern und Heimatmuseen, Wandertheatern und Wander- bzw. Austauschbüchereien, endlich die Abhaltung von Volksakademien mit dem doppelten Zweck, die verschiedenen Volksschichten einander näher zu bringen und die geistigen Führer des Volkes aus diesem

selbst hervorgehen zu lassen; Darbietung von Theatervorstellungen, Konzerten und Unterhaltungsabenden, wenn erforderlich mit vorangehender textlicher und musikalischer Erläuterung des zu erwartenden Kunstgenusses kennzeichnen die Wirksamkeit der freien Volksbildungsarbeit.

Sie hat während des Krieges ihre Aufgabe in rechter Weise dahin verstanden und fortgebildet, daß sie neben der wissenschaftlichen Belehrung besonders darauf bedacht war, den niederdrückenden Einflüssen des Kriegsgeschehens erhebende Eindrücke anderer Art und besonders aus dem Reich der Kunst entgegenzustellen und so von innen heraus überwindende Kräfte wach zu machen. Auch der Besprechung der Tagesfragen und Forderungen wurde eingehende Aufmerksamkeit zugewandt. So wurden Pilzkurse und Ausstellungen sowie Wanderungen zum Zweck des Pilzkennenlernens unternommen, die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Aufklärung der Massen inbezug auf die hier zu gewärtigenden Gefahren durchgesprochen und ähnliches mehr.

Nach allen Seiten wurde und wird hier das Ackerland einer hoffnungsvollen Volks- und Persönlichkeitskultur vorbereitet, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Einfluß dieser Bildungsorganisationen zu der wundervollen Haltung unseres Volks während der ersten Kriegsjahre wesentlich beigetragen hat. So gilt es, auf diesem Weg auch nach dem Krieg fortzufahren und sich den besonderen Aufgaben zuzuwenden, die der Krieg hier geschaffen hat. Erfreuliche Anfänge sind bereits zu verzeichnen. Es sei hier nur auf die verschiedenen erfolgreichen Veranstaltungen des Rhein-Mainischen Verbands für Volksbildung hingewiesen, die alle von der Erkenntnis getragen sind:

„Bildung ist kein Klassenvorrecht, und es gilt nur die Formen des Ausdrucks zu finden, um Hoch und Niedrig, Geschulte und Ungeschulte in der Betrachtung höchster Gegenstände zu sammeln; mit anderen Worten: eine nationale Einheitskultur ist möglich. Daß eine solche immer nur von einer Auslese, niemals von den Massen getragen und begehrt wird, versteht sich von selbst, aber diese Auslese wird durchaus demokratisch sein und sich über alle Standesunterschiede hinwegsetzen dürfen. . . Der mit

unserer Feldhochschule gemachte und gelungene Versuch beweist, daß wir in Deutschland daran denken dürfen, den alten Grundtvigschen Gedanken in seiner Reinheit durchzuführen und demnach alle Volkskreise in der Volkshochschule zu vereinigen. Das ist ein überaus freudiger Ausblick, der sich uns mit dieser Erfahrung öffnet. Gewinnt der Volkshochschulgedanke in ganz Deutschland so viel an Boden, daß wir das Reich mit einem Netz solcher Schulen überspannen können, dann haben wir auf dem Wege zur inneren Einheit einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Die Veröhnung der großen Gegensätze, die breite Schichten unseres Volkes leider immer noch trennen, wäre angebahnt, die Brücke zum gegenseitigen Verständnis gebaut. Dann hätte der Krieg uns ein Heilmittel beschert, das die durch ihn geschlagenen Wunden rascher sich schließen ließe und unserem Volkskörper dauernde Gesundung verheißen würde. An uns ist es, von dem Mittel Gebrauch zu machen, dann schaffen wir auch eine der wichtigsten Voraussetzungen zu weiterem Aufstieg, zu einer großen und glücklichen Zukunft des deutschen Volkes.“ (Prof. Dr. R. Ebel, Gießen, „Eine Volkshochschule im Felde“ Frankf. Zeitung, Nr. 200 vom 21. Juli 1918.)

Indem wir uns diese Gedankengänge zu eigen machen, kommen wir zu einer in diesem Zusammenhang zu erhebenden grundsätzlichen Forderung: der demokratischen, alle Volksschichten in die Tiefe wie in die Breite umfassenden Einrichtung von Bildungsstätten, ähnlich der, die man da draußen unter so schwierigen Umständen geschaffen hat, und jenen, die durch die Tätigkeit der freien Volksbildungsarbeit erstanden sind, muß als Ergänzung das Heim gesellt werden, in dem diese Bildungsbestrebungen eine zusammenfassende, bleibende Stätte finden. In Standbildern und Ehrenbogen hat eine vergangene Zeit ihrer rückwärts gerichteten Dankbarkeit Ausdruck zu geben versucht. Wir aber wollen uns Denkmale schaffen, dauernder denn Erz. Unser fortgeschrittenes Empfinden ebenso wie die Not einer harten Zeit legen uns auf, andere Formen unseres Dankes an die zu finden, die ihr alles für uns eingesetzt und hingegeben haben. Unser Dank bestehe darin, daß er die Möglichkeit schaffe, Kulturwerte zu erhalten, zu erschließen und zu vermehren, daß er den Weg frei mache zu den unverfälglichen Quellen einer aus Bildung und Gesittung, aus schönem Wollen und starkem Können heranwachsenden freudigen Lebensbejahung als der einzigen Kraft, die uns dazu helfen kann,

das materielle und ideelle Grauen dieses Kriegs zu überwinden und Kindern und Enkeln eine leichtere und lichtere Zukunft zu bereiten. So müssen überall Volkshäuser mit Vortrags-, Vorlesungs- und Experimentiersälen, mit Bibliotheken, Unterhaltungs- und Erholungsräumen als Sammel- und Mittelpunkt der Volksbildungsarbeit erstehen und müssen Zeugnis ablegen, wie ein mannhaftes Volk auch die härtesten Schicksalsschläge zu tragen und zu überwinden weiß.

So steht vor uns als Dreieck zur Erhaltung und Erhöhung der Schaffenskraft und der Lebendigkeit unseres Volkes eine Neuordnung der Hauswirtschaft, wie sie den veränderten wirtschaftlichen, gewerblichen und sozialen Verhältnissen entspricht. Weiter die Gewährleistung sicheren und behaglichen Wohnens und endlich der Aufbau einer den Stürmen des Lebens standhaltenden Massenkultur, die uns befähigt, im Reigen der Völker mit Ehren zu bestehen, und uns zugleich zum Bringer jener inneren, vom Ungefähr äußeren Geschehens unabhängigen Lebensgüter wird, ohne die das Leben nicht wert ist, gelebt zu werden.